

Toni Breuer

Der geographische Raum: ausgewählte aktuelle Nutzungen und Konflikte

1. Einleitung

In der regionalen Geographie ist grundsätzlich zwischen dem Natur- und dem Kulturraum zu unterscheiden. Die konstituierenden Elemente des Naturraums, also das Relief, die klimatischen und hydrologischen Rahmenbedingungen, Böden und Vegetation als Indikatoren des ökologischen Systems werden sich im Regelfall in historischen Zeitdimensionen überhaupt nicht oder nur sehr langsam verändern. Der Nachweis über die auslösenden Ursachen (natürlicher oder anthropogener Art) und der Nachhaltigkeit solcher Veränderungen ist dann vielfach umstritten, wie die Bewertung der aktuell messbaren Veränderungen langjähriger Mittelwerte zentraler Klimaparameter (Temperatur und Niederschlag) belegt. Im Unterschied dazu ist die Dynamik des Kulturraums, d.h. des besiedelten und wirtschaftlich genutzten Wirtschaftsraums, ungleich größer und unterliegt kurzfristigen Veränderungsimpulsen. Diese lassen sich erklären als wechselnde Raumbewertung durch die jeweiligen Akteure: Für eine agrare Gesellschaft ist Ödland wirtschaftlich wertlos. Beim Fehlen alternativer Erwerbsquellen (wie z.B. Bergbau) wird eine wachsende Überschussbevölkerung zur Abwanderung gezwungen. Für eine (post-)fordistische Dienstleistungs- und Freizeitgesellschaft wird dasselbe Ödland wirtschaftlich besonders wertvoll, wenn es über bestimmte Lage- und Standortqualitäten verfügt (wie z.B. Küstenlage, nutzbare Strände, gute Verkehrsanbindung).

Auf diese Weise sind die Küsten und ihr unmittelbares Hinterland zu regionalen Gunsträumen für die regionale Wirtschaftsentwicklung in Spanien geworden. Auf nationaler Ebene erfuhr die spanische Wirtschaft einen gewaltigen Entwicklungsschub durch den Beitritt zur EG ebenso wie durch die nachfolgende Globalisierung der Weltwirtschaft. Aus dem ehemaligen Abwanderungsland wurde ein begehrtes Zielland für Zuwanderer aus der Dritten Welt und aus Osteuropa, aus dem ehemaligen wirtschaftlichen Passiv- wurde ein Aktivraum. So verstanden, präsentiert sich die Geographie Spaniens gegenwärtig als hochgradig dynamisch.

2. Geographische Grundlagen

Das spanische Territorium umfasst eine Fläche von 505.957 km². Sie verteilt sich auf einen Festlandsanteil von 97,5% (das sind 493.518 km² oder rund 84% der Fläche der Iberischen Halbinsel) und zwei Insel-Archipiele (Balearen 1,0%; Kanaren 1,5%). Mit einer durchschnittlichen Höhenlage von 660 m über NN erreicht Spanien in Europa Rang 2 hinter der Schweiz (1.300 m mittlere Höhe).

Das festländische Spanien besetzt mit Portugal gemeinsam die Iberische Halbinsel, die sich im Unterschied zu den beiden anderen mediterranen Halbinseln als kompakter, fast quadratischer Block mit geringer Küstengliederung präsentiert. Die Küstenlänge Spaniens (ohne Inseln) beträgt 4.872 km, davon 2.058 km am Mittelmeer, 2.814 km am Atlantik. Die Atlantikküste im N und NW ist als felsige Riasküste mit guten Naturhäfen ausgestattet, bei den Küstenstreifen am Mittelmeer und an der Atlantikküste im Südwesten handelt es sich um Lockermaterialküsten. Typisch sind dabei bogenförmige, weit gespannte Küstenhöfe mit rückwärtigen steilen (Vor-)Gebirgsanstiegen und wenig geschützten Häfen.

Die hypsometrische Summenkurve zeigt zwei Verebnungsniveaus an bei ca. 500 m und bei ca. 1.000 m über NN (vgl. Abb. 1). Das 500-m-Niveau ist flächenhaft am ausgedehntesten und steht für die Meseta-Hochfläche, die durch das Kastilische Scheidegebirge in einen nördlichen und einen südlichen Teil zerlegt wird. Hinzu kommen zwei große dreiecksförmige Depressionen, das Ebrobecken im Nordosten und die Guadalquivir-Niederung im Südwesten.

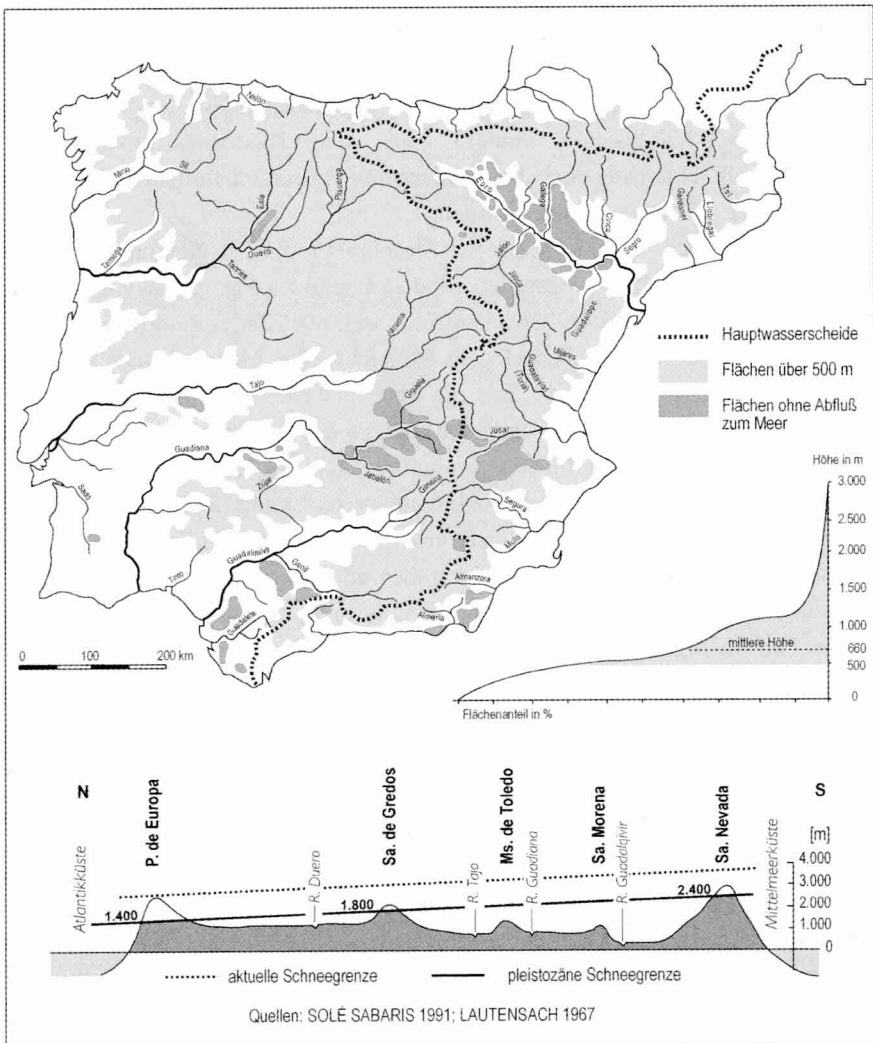
Die Nordmeseta (bei 800–850 m über NN) wird vom Flusssystem des Duero, die Südmeseta (bei 500–700 m, im Südwesten nur 300–150 m über NN) von Tajo und Guadiana entwässert. Den Gegenpol zu den Meseten im Landesinneren bildet das verkarstete Iberische Randgebirge. Randlandschaften im Wortsinn sind das Galicische Bergland im Nordwesten, Asturien und das Baskenland (mit Anteilen am Kantabrischen Gebirge) im Norden, das ans Mittelmeer grenzende katalonische Gebirge im Nordosten, sodann die Küstenlandschaften von Valencia und Murcia im Osten bzw. Südosten. Symmetrisch eingerahmt wird der Festlandsblock durch Hochgebirge am äußersten Nord- bzw. Südrand, nämlich durch die Pyrenäen (und ihre Fortsetzung nach Westen in Form des Kantabrischen Gebirges mit den Picos de Europa; Torre Cerredo 2.648 m) einerseits und durch die Sierra Nevada (Mulhacén, mit 3.478 m höchster Berg des festländischen Spaniens¹) als höchstem Teil der Betischen Kordillern im Süden andererseits.

Mit Ausnahme des Guadalquivir-Beckens werden alle flächenhaften Verebnungen im festländischen Spanien durch Mittelgebirge gegen die Küsten abgeriegelt, so dass

1 Höchster Berg Spaniens ist der Pico del Teide auf Teneriffa mit 3.718 m.

sich dort nur sehr schmale Küstensäume ausbilden konnten. Ein Austausch von Waren und Gütern zwischen Küste und Landesinnerem wurde damit in der Vergangenheit erheblich erschwert; die Anlage von Kanälen zur Verbindung der Küstenstandorte mit dem Hinterland war erst gar nicht möglich. Damit war das Relief der Iberischen Halbinsel eine von weiteren wichtigen Ursachen für die verspätete oder gar fehlende Industrialisierung der spanischen Binnenräume im 19. Jahrhundert.

Abb. 1: Morphographische und hydrographische Grundzüge der Iberischen Halbinsel (Terán *et al.* 1991; Lautensach 1967)



Der weitaus überwiegende Teil des Landes ist geprägt von mediterranem Klima mit Winterregen. Die sommerliche Trockenzeit nimmt nach Süden zu mit entsprechend steigenden Temperaturen, starker Sonneneinstrahlung und hoher Verdunstung sowie Niederschlägen mit Maxima vornehmlich im Spätherbst und Frühjahr bei insgesamt hoher Variabilität von Jahr zu Jahr. Die Hochflächen beider Meseten weisen kontinentale Züge auf (max. Temperaturen im Sommer bis über 40 °C, im Winter bis –8 °C), die weiten Tafel- und Beckenlandschaften erhalten Jahresniederschläge von 300–500 mm. Einzig die Hochlagen der zentralen Gebirge empfangen bis zu 2.000 mm Niederschlag. Ein küstenparalleler Streifen im äußersten Südosten (zwischen Almería und Cartagena) trägt bei Jahresniederschlägen von 100–290 mm (im langjährigen Mittel) halbwüstenartige Züge.

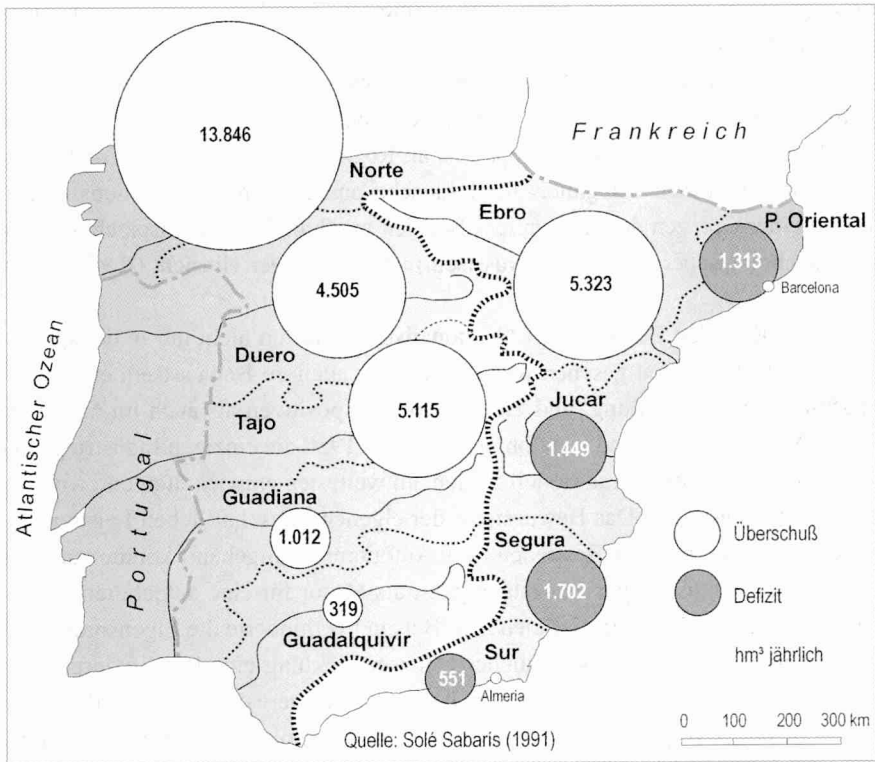
Einzig der atlantische Nordsaum der Halbinsel hat vom Galicischen Bergland im äußersten Nordwesten über das Kantabrische und Asturische Küstengebirge bis zu den Pyrenäen im Nordosten ein immerfeuchtes, an den Küsten maritim gemäßigtes Klima. Deshalb fehlen hier auch die mediterranen Vegetationsformationen, die Spanien häufig assoziativ zugeordnet werden.

Der zweigeteilte, zentrale Block der Meseta ist mit 0,3% Neigung leicht zum Atlantik hin gekippt. Daraus resultiert wiederum eine ausgeprägte Asymmetrie der großen Flusssysteme auf der Iberischen Halbinsel: 69% der Gesamtfläche entwässern zum Atlantik, die restlichen 31% ins Mittelmeer. Die Hauptwasserscheide verläuft deshalb weit im Osten, so dass die Mittelmeerzuflüsse (mit Ausnahme des Ebro) meist nur Lauflängen zwischen 100 und 200 km erreichen, im Unterschied zu den westwärtigen Atlantikzuflüssen mit Lauflängen bis zu 1.000 km und mehr (vgl. Abb. 1). Der Niveau-Unterschied zur Erosionsbasis ist aber in beiden Fällen vergleichbar. Das bleibt nicht ohne Folgen für das Abflussregime der Flüsse und damit für die dort lebende Bevölkerung: Die großen atlantischen Stromsysteme werden aus zahlreichen Nebenflüssen gespeist, die unter mediterranen Klimabedingungen zu einer nur mäßig hohen, dafür aber insgesamt recht ausgeglichenen Wasserführung beitragen. Im Unterschied dazu ist das Abflussverhalten der kurzen Mittelmeerzuflüsse eine direkte, ungepufferte Reaktion auf Menge und saisonale Verteilung der Niederschläge. Die Folge ist dort eine extrem stoßweise Wasserführung. Das Ergebnis sind auf der dem Mittelmeer zugewandten Seite breitsohlige Flusstäler, die im Sommer regelmäßig trocken fallen, zu Zeiten winterlicher Niederschläge aber Wasser führen (span. *rambla*) und in den Übergangsjahreszeiten (vorzugsweise in den Herbstmonaten) infolge von Starkniederschlägen kurzfristig auch zu reißenden Strömen anschwellen und dabei erhebliche wirtschaftliche Schäden anrichten können. Entsprechende Katastrophenmeldungen füllen dann regelmäßig auch die deutschen Nachrichtenspalten. Meist wird dabei verschwiegen, dass solche Starkre-

gen-Ereignisse und ihre Folgen in den Übergangsjahreszeiten an der spanischen Mittelmeerküste seit Jahrhunderten als regelhaft belegt werden können. Ihre Frequenz und Intensität unterliegt zwar gewissen langfristigen Schwankungen (Barriendos Vallvé 1995), ist aber nicht der aktuell diskutierten, mutmaßlich anthropogen bedingten Klimaänderung anzulasten.

Eine weitere Konsequenz der zeitlich und regional ungleichen hydrologischen Rahmenbedingungen ist die regional unausgewogene Wasserbilanz. In allen Flusseinzugsgebieten, die zum Atlantik hin entwässern, ist die rechnerische Wasserbilanz positiv. Auf der mediterranen Abdachung der Iberischen Halbinsel hingegen ist die Bilanz in allen Einzugsgebieten mit Ausnahme des Ebrobeckens, das durch reichliche Zuflüsse aus den Pyrenäen gespeist wird, negativ (vgl. Abb. 2). Eine Korrektur dieser naturgegebenen Situation ist nur durch die technisch aufwendige künstliche Überleitung von Wasser über die Wasserscheiden hinweg möglich.

Abb. 2: Regionale Wasserbilanz der spanischen Flusseinzugsgebiete (Solé Sabaris 1991a und b)



Besondere Erwähnung verdienen die im Atlantik gelegenen Kanarischen Inseln sowie die beiden Exklaven Ceuta und Melilla im marokkanischen Abschnitt der nordafrikanischen Küste. Sie gehören politisch zum spanischen Hoheitsgebiet, liegen aber geographisch außerhalb Europas. Diese Einschränkung begründet gleichzeitig ihre ambivalente Sonderstellung. Aus ihrer Breitenlage im subtropischen Hochdruckgürtel ziehen die Kanarischen Inseln entscheidende Vorteile als touristische Destination: Sie bieten selbst in den Wintermonaten Dezember und Januar in Küstenlagen frostfreie, milde Temperaturen. Das unterscheidet sie von allen touristischen Zielgebieten in Festlandeuropa. Darüber hinaus sind die Kanaren ebenso wie die afrikanischen Exklaven zwischenzeitlich zu Brückenköpfen für eine illegale Zuwanderung in die EU geworden. Sie bescheren Spanien damit ein bislang unbekanntes und ständig wachsendes soziodemographisches Problem.

3. Bausteine der Regionalisierung

Die knapp 45,2 Millionen Einwohner des Landes (Stand 1.1.2007) sprechen überwiegend "Spanisch", bezeichnen diese Sprache selbst aber als "Kastilisch" (*castellano*). Diese sprachliche Nuance lenkt den Blick auf die Tatsache, dass es innerhalb Spaniens ethnische Minderheiten gibt, die sich in erster Linie über ihre Eigensprachlichkeit identifizieren: die Basken, die Galicier und die Katalanen. Der sprachlichen Differenzierung entspricht eine regional eigenständige Ethnizität. Daraus erwächst eine Form von Nationalismus, die in Mitteleuropa eher als Regionalismus begriffen wird. Gegenwärtig artikuliert sich der galicische, baskische und katalanische "Nationalismus" innerhalb der Grenzen des Königreichs Spanien in ethnischer (Eigensprachlichkeit), soziopsychologischer (Regionalbewusstsein) und politischer Hinsicht (Regionalparteien).

Die auslösenden Ursachen der "Nationalismen" dürfen nicht nur in der sprachlichen Eigenständigkeit gesehen werden, sondern auch im Bewusstsein einer wirtschaftlichen Sonderstellung, und zwar sowohl im positiven als auch im negativen Sinne. Das Baskenland und Katalonien waren bis 1950 die einzigen Industriegebiete Spaniens. Sie zählten traditionell zu den am weitesten entwickelten und wohlhabendsten Landesteilen. Das Bewusstsein der eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verstärkte hier das Bestreben nach Autonomie. Umgekehrt konnte auch das Bewusstsein ökonomischer Rückständigkeit als Motor für eine autochthone Autonomiebewegung wirken. In Galicien zum Beispiel verhinderte die Eigensprachlichkeit in Verbindung mit wirtschaftlicher Unterentwicklung eine Identifizierung mit dem Zentralstaat. In Andalusien wurden besonders schwere ökonomische Probleme auch ohne die Basis einer Eigensprachlichkeit zum alleinigen Auslöser für regiona-

listische Bestrebungen. Im Falle der Kanarischen Inseln kamen zur wirtschaftlichen Rückständigkeit noch die Insellage bzw. die erhebliche Festlandsferne hinzu und begründeten dort ebenfalls regionalistische Tendenzen, die sich gegen die Zentralmacht in Madrid richteten (“¡godos fuera!”).

Vereinfacht ausgedrückt, entspricht dem Gegensatz zwischen dem staatlichen Zentralismus kastilischer Prägung und dem “peripheren Nationalismus” (Núñez 1996) eine regionale ökonomische Entwicklungsdisparität. Deren Brisanz speiste sich nicht zuletzt aus der Tatsache, dass der militanteste Regionalismus sich an der Peripherie des kastilischen Kernlands äußert, also eben dort, wo die Küstenlage gegenwärtig klare ökonomische Standortvorteile bietet. Dies macht verständlich, dass Spanien nach dem Ende der Diktatur Francos im Jahre 1975 am Dualismus zwischen dem kastilischen Herrschaftsanspruch, repräsentiert durch die Hauptstadt Madrid, und dem historisch gewachsenen, während der Diktatur unterdrückten Regionalismus der Peripherie zu zerbrechen drohte.

Die Wurzeln des spanischen Regionalismus liegen zweifellos in der geschichtlichen Entwicklung der einzelnen Landesteile. Sie manifestiert sich in regionalen Landschaftsbezeichnungen, die als historische Raumbegriffe in Spanien auch gegenwärtig noch verwendet werden. Diese traditionellen Regionen gehen zurück auf den historischen Werdegang der einzelnen Teilräume. Der politisch motivierte Wille zur staatlichen Einheit sorgte allerdings in der Franco-Zeit dafür, dass die im Bewusstsein der Bevölkerung verwurzelte historische Gliederung des Landes in administrativer Hinsicht bedeutungslos blieb. Das änderte sich mit der im Dezember 1978 verabschiedeten demokratischen Verfassung. Mit dem Konzept der sogenannten “integrierten Regionalisierung” sollte den drohenden separatistischen Tendenzen in einzelnen Landesteilen der Boden entzogen werden. Es handelt sich im Kern um eine durch die Verfassung “verordnete” Regionalisierung ganz Spaniens, die durch die Schaffung “Autonomer Gemeinschaften” (*comunidades autónomas*) den bisherigen, politisch zentralisierten spanischen Staat in ein quasi-föderales System überführte.

Die sogenannten “historischen” Regionen Spaniens dienten nur teilweise als Vorgaben für die neuen Autonomen Regionen. Die Provinz Madrid zum Beispiel gehört im historischen Sinne zu Neu-Kastilien, wurde aber aufgrund ihrer Bevölkerungszahl und ihrer herausragenden politischen und wirtschaftlichen Funktion im Zuge der Neuordnung als eigenständige Autonome *Comunidad de Madrid* ausgegliedert. Hinzu kam, dass die verordnete Regionalisierung sich keineswegs in allen Fällen auf ein eigenständiges regionales Bewusstsein bei der Bevölkerung stützen konnte. Es gab zum Beispiel kein ausgeprägtes alt- bzw. neukastilisches Bewusstsein, so dass die entsprechenden Autonomen Regionen eher spröde Namenskonstruktionen erhielten (“Kastilien-León” bzw. “Kastilien-La Mancha”).

Als "Bausteine" für die Autonomen Regionen dienten die Provinzen, deren Grenzziehung seit 1833 im Wesentlichen unverändert blieb – mit zwei Ausnahmen: Die Provinz Albacete formierte sich erst 1851; die ursprüngliche Einheitsprovinz der Kanaren wurde 1927 in die Westkanaren (Pto. de la Cruz/Teneriffa) und die Ostkanaren (Las Palmas/Gran Canaria) aufgeteilt. Die Provinzen waren somit prädestiniert, das Grundgerüst der neuen territorialen Ordnung Spaniens zu bilden.

Die Mancha-Provinz Albacete entschied sich zunächst für eine Zweier-Union mit der Provinz Murcia, bevor sie sich endgültig der größeren Region Kastilien-La Mancha anschloss. Die Provinz Murcia bildet somit heute gleichzeitig ihre eigene Autonome Region. Nicht viel anders verhielt sich Navarra, das nach entsprechenden Vorschlägen der Basken ursprünglich eine gemeinsame Autonome Region mit den baskischen Provinzen in Betracht zog, sich dann aber doch für die Einzellösung entschied. Die endgültige Formierung der heutigen 17 Autonomen Regionen war deshalb erst 1983 abgeschlossen (vgl. Tab. 1).

Für eine moderne Raumordnung und Landesplanung auf nationaler Ebene ebenso wie im europäischen Kontext liegt ein gewichtiger Nachteil der heutigen Autonomen Regionen Spaniens in ihrer Heterogenität: In der flächenmäßig kleinsten Region Spaniens (La Rioja) leben auf 1,0% des spanischen Territoriums 0,7% der spanischen Bevölkerung; die meiste Bevölkerung verzeichnet Andalusien mit 17,8% der Gesamtbevölkerung; die größte Fläche nimmt die Autonome Region "Kastilien-León" mit 18,5% des spanischen Territoriums ein. Nicht minder beträchtlich sind die ökonomischen Disparitäten zwischen den einzelnen Regionen: Die Autonome *Comunidad de Madrid* erreichte 2006 beim BIP pro Kopf 129,1% des Landesdurchschnitts; die Extremadura brachte es lediglich auf 67,5% (vgl. Tab. 2).

Tab. 1: Amtliche Regionalisierungskonzepte für Administration und Statistik

	Statistische Aggregationsebene lt. EU-Nomenklatur	
	NUTS - 3	NUTS - 2
Histor. Region	Provinz*	Autonome Region*
León	León, Salamanca, Zamora	Castilla-León
Altkastilien	Ávila, Burgos, Palencia, Segovia, Soria, Valladolid	
	Logroño	
	Santander	Cantabria
Asturien	Oviedo	Asturias (Principado de)
Andalusien	Almería, Cádiz, Córdoba, Granada, Huelva, Jaén, Málaga, Sevilla	Andalucía
Baskenland und Navarra	Álava (Vitoria), Guipúzcoa (San Sebastián), Vizcaya (Bilbao)	Pais Vasco
	Navarra (Pamplona)	Navarra (Comunidad Foral de)
Balearische Inseln	Balearen (Palma de Mallorca)	Baleares (Islas)
Aragonien	Huesca, Teruel, Zaragoza	Aragón
Extremadura	Badajoz, Cáceres	Extremadura
Kanarische Inseln	Las Palmas, Sta. Cruz de Tenerife	Canarias (Islas)
Katalonien	Barcelona, Girona, Lérida, Tarragona	Cataluña
Galicien	La Coruña, Lugo, Orense, Pontevedra	Galicia
Neukastilien	Ciudad Real, Cuenca, Guadalajara, Toledo	Castilla-La Mancha
	Madrid	Madrid (Comunidad de)
Murcia	Murcia	Murcia (Región de)
	Albacete	Castilla-La Mancha
Valencia	Alicante, Castellón, Valencia	Comunidad Valenciana
---	Ceuta, Melilla	Ceuta y Melilla

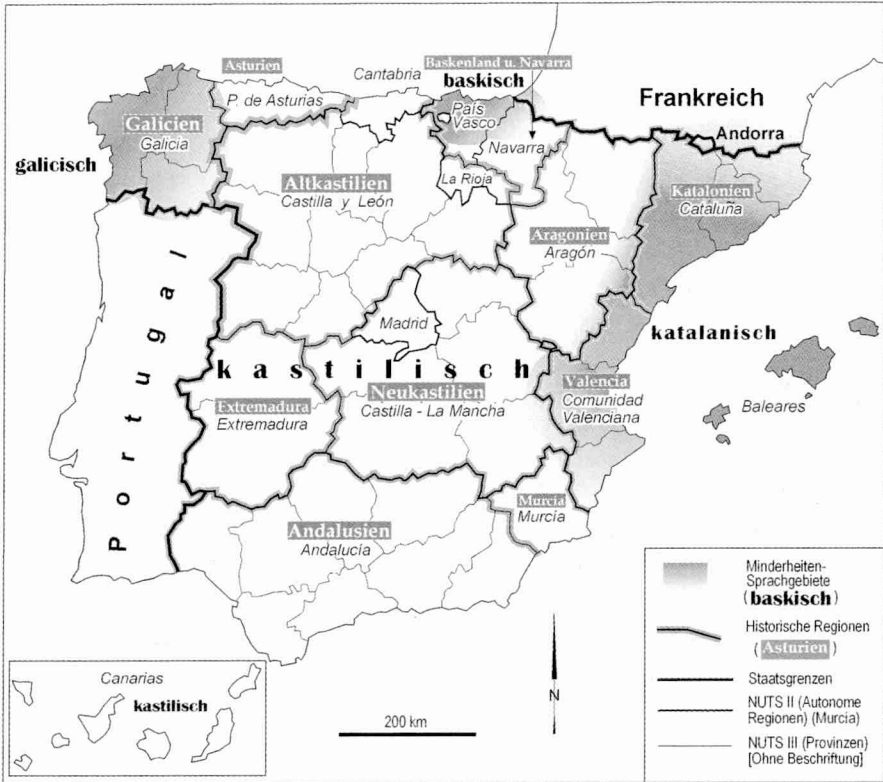
* In allen Bezeichnungen wird die kastilische Schreibweise verwendet; eventuelle Zusätze bei der amtlichen Bezeichnung der Autonomen Regionen sind in Klammern nachgestellt. Sofern Provinzname und zugehörige Hauptstadt nicht identisch sind, wird der Name der Provinzhauptstadt ebenfalls in Klammern aufgeführt.

Tab. 2: Sozioökonomische Basisdaten zu den Autonomen Gemeinschaften in Spanien

Autonome Region / Gemeinschaft	Fläche (%)	Bevölkerung (%)	Arbeitslosen- quote 2006 (%)	Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren 2006 (%)			BIP pro Kopf* in Euro 2006 (in % vom Landesdurchschnitt)		Relatives Pro Kopf-Einkommen (Spanien = 100)		Regionale Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftssektoren in % 2006			Eingeschriebene Studenten im Studienjahr 2006 (ohne Fern- universitäten)
				Primärsektor	Industrie / Bauwesen	Tertiärsektor			1967	2005	Primärsektor	Industrie / Bauwesen	Tertiärsektor	
Andalucía	17,3	17,8	12,68	7,0	10,5 / 15,6	66,9	17.401 (78,2)	66,9	70,0	81,6	4,6	12,9 / 14,7	67,8	230.621
Aragón	9,4	2,9	5,54	2,6	23,6 / 9,5	64,3	23.707 (106,5)	64,3	100,2	107,8	4,1	23,7 / 12,1	60,0	33.164
Asturias	2,1	2,4	9,31	1,5	21,8 / 11,4	65,2	19.820 (89,0)	65,2	103,0	108,1	2,3	22,2 / 14,5	61,1	29.886
Baleares	1,0	2,3	6,46	0,9	8,0 / 14,6	76,6	24.265 (109,0)	76,6	136,0	118,0	1,1	6,9 / 11,3	80,5	13.413
Canarias	1,5	4,5	11,68	2,9	6,8 / 14,0	76,3	20.062 (90,1)	76,3	80,4	84,9	1,3	7,3 / 12,2	79,1	45.700
Cantabria	1,0	1,3	6,56	1,1	19,9 / 13,6	65,5	21.941 (98,6)	65,5	112,6	107,9	3,4	20,4 / 14,1	62,1	11.026
C.-I.a Mancha	15,7	4,4	8,81	4,2	20,7 / 16,1	59,0	17.672 (79,4)	59,0	67,8	85,5	8,6	21,1 / 14,8	55,3	30.602
C.-León	18,5	5,6	8,11	2,4	19,9 / 12,9	64,8	21.160 (95,1)	64,8	82,3	93,8	6,9	19,5 / 12,6	60,9	84.429
Cataluña	6,4	16,0	6,60	1,4	25,3 / 11,1	62,2	26.279 (118,1)	62,2	141,0	115,8	1,6	23,0 / 10,3	65,1	182.258
Extremadura	8,2	2,4	13,43	8,3	11,9 / 15,1	64,7	15.031 (67,5)	64,7	55,0	73,8	9,0	10,0 / 16,6	64,3	23.993
Galicia	5,8	6,1	8,48	3,3	21,0 / 11,7	64,0	18.544 (83,3)	64,0	72,1	90,5	5,1	20,1 / 13,6	61,2	75.842
Madrid	1,6	13,5	6,37	1,0	11,8 / 10,5	76,7	28.747 (129,1)	76,7	142,3	117,4	0,2	13,4 / 10,9	75,5	230.518
Murcia	2,2	3,1	7,85	9,4	16,2 / 16,7	57,7	18.888 (84,9)	57,7	79,6	83,3	5,4	18,2 / 12,6	63,8	37.824
Navarra	1,9	1,3	5,30	1,1	29,0 / 10,0	60,0	27.856 (125,1)	60,0	117,4	127,4	2,7	29,0 / 11,4	56,9	15.562
País Vasco	1,4	4,7	6,97	0,6	26,2 / 7,5	65,7	28.731 (129,1)	65,7	149,5	118,9	1,3	30,0 / 10,1	58,6	61.352
La Rioja	1,0	0,7	6,18	2,5	29,8 / 10,4	57,3	23.571 (105,9)	57,3	112,7	98,8	7,0	25,9 / 11,8	55,3	6.582
Valencia	4,6	10,8	8,37	2,2	22,3 / 13,2	62,2	20.381 (91,6)	62,2	103,4	96,8	2,3	19,0 / 12,7	66,0	140.228
Ceuta	19 km ²	0,2	20,96	-	3,8 / 8,6	87,6	20.558 (92,4)	87,6	52,6	91,6	0,2	6,9 / 8,3	84,4	1.087
Melilla	13 km ²	0,2	13,38	-	1,6 / 5,3	93,0	20.030 (90,0)	93,0	52,6	91,6	0,8	4,5 / 10,0	84,8	906
Spanien total 505.957 /absolut	100 % km ²	45.200.737	8,51 %	3,0	17,9 / 12,5	66,6	(100,0) 22.260	66,6	100	100	2,9	18,3 / 12,1	66,7	1.254.993

Quellen: <<http://www.ine.es/jaxi/tabla.do?path=/t20/c26/a2007/10/&file=ccaa01.px&type=pcaxis&L=0>> (Bevölkerung) ● <<http://www.ine.es/jaxi/tabla.do?per=12&type=dl&divi=EPA&itab=865>> (Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen) ● <<http://www.ine.es/jaxi/tabla.do?path=/t25/p453/a2006/10/&file=04027.px&type=pcaxis&L=0>> (Mittleres Einkommen) ● <<http://www.ine.es/daco/daco42/cre00/cre0106u.xls>> (PIB pro Kopf) ● <<http://www.ine.es/daco/daco42/cre00/cre0106u/daocre.htm>> (Bruttowertschöpfung nach Sektoren) ● <<http://www.ine.es/jaxi/tabla.do?path=/t13/p405/a2005-2006/11/&file=12002.px&type=pcaxis&L=1>> (Studenten in den CCAA)

Abb. 3: Regionale Gliederung und Minderheiten-Sprachgebiete



Die Autonomen Regionen Spaniens sind inzwischen zur wichtigsten räumlichen Bezugseinheit bzw. Aggregationsebene (NUTS; *Nomenclature des Unités Territoriales Statistiques*) der amtlichen EU-Statistik geworden. Die heute unterste räumliche Aggregationsebene von EUROSTAT ist die Ebene NUTS-3, das sind die 50 spanischen Provinzen (s. Abb. 3). Die Autonomen Regionen nehmen die nächsthöhere Aggregationsebene NUTS-2 ein. Für die höchste hierarchische Stufe NUTS-1 (sie entspräche einer Gliederung in Großräume) fehlt bislang ein planungsrelevantes politisch-administratives Äquivalent.

In der Bundesrepublik Deutschland entspricht die NUTS-1-Ebene den Bundesländern, die NUTS-2-Ebene den Regierungsbezirken und die NUTS-3-Ebene den Landkreisen bzw. den kreisfreien Städten. Für einen aussagekräftigen regionalen Vergleich innerhalb der EU-Regionen werden vielfach jeweils unterschiedliche NUTS-Ränge berücksichtigt. Mit den Autonomen Regionen in Spanien (NUTS-2)

sind unter funktionalem Gesichtspunkt die deutschen Länder (NUTS-1) am ehesten vergleichbar.

Für den regionalen Vergleich auf der Grundlage statistischer Daten innerhalb der Regionen der Europäischen Union sind die Autonomen Regionen in Spanien gegenwärtig die am häufigsten nachgewiesene räumliche Bezugseinheit. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass ihnen bei der zukünftigen Entwicklung und Gestaltung des Landes eine Schlüsselrolle zufallen wird (als Beleg für diese Einschätzung sei auf Tab. 5 verwiesen).

4. Der Naturraum als Ressource²

Wasser als politisches Streitobjekt

Das bisher größte und bekannteste Wasserbauprojekt in Spanien ist die Überleitung (*trasvase*) vom oberen Tajo über die Hauptwasserscheide zum Segura mit Hilfe des Tajo-Segura-Kanals. Die technischen Einzelheiten dieser spektakulären ingenieurtechnischen Meisterleistung sind beeindruckend: Im Mai 1969 begonnen, passiert der Kanal seit 1978 auf einer Gesamtlänge von 286 km zahlreiche Aquädukte und Tunnel (darunter den von Talave mit 31 km Länge); zur Überwindung der Wasserscheide müssen aufwendige Pumpensysteme das Tajo-Wasser von 642 m auf 898 m heben. Der Tajo-Segura-Kanal ist für ein maximales Fassungsvermögen von 33 m³ pro Sekunde ausgelegt. Dem entspricht eine maximale Transferkapazität von 1.000 hm³ Wasser pro Jahr. Dieser Maximalwert sollte allerdings erst in einer zweiten Ausbauphase erreicht werden. 1971 wurde zunächst die Überleitung von 600 hm³ pro Jahr genehmigt. Bei einem kalkulierten Verdunstungsverlust von 15% (90 hm³) verbleiben rechnerisch 510 hm³ pro Jahr zur Verteilung; der Löwenanteil davon war mit 400 hm³ pro Jahr für die Bewässerung landwirtschaftlicher Kulturen vorgesehen (vgl. Tab. 3).

2 Zu diesem Kapitel vgl. insbesondere Gil Olcina / Morales Gil 2002.

Tab. 3: Wasserverteilungskontingente der Tajo-Segura-Überleitung
in der ersten Ausbauphase

Landwirtschaft (nach Agrargemarkungen)	hm ³ /Jahr
Obere und mittlere Vega des Segura	65
Gemarkung Mula	8
Lorca und Guadalentin-Tal	65
Östliche Bewässerungsgebiete am linken und rechten Seitenkanal	
Untere Vega des Segura und Salztonebenen von Alicante	125
Campo de Cartagena	122
Almanzora-Tal in der Provinz Almería	15
Landwirtschaft insgesamt	400
Städtische Haushalte	110
Verluste (beim Transfer; 15%)	90
Total	600

Quelle: Hernández Soria 2001

Tatsächlich ist diese als erste Ausbaustufe vorgesehene Transfermenge bisher nur ein einziges Mal (1999/2000) erreicht worden. Im Dürrejahr 1994/95 wurden lediglich 135 hm³ transferiert. Die hydrologischen Berechnungen für den Tajo-Segura-Kanal basieren auf Mittelwerten der Jahre 1930–1960. Im Falle der Messreihe des Tajo-Pegels wurde dabei offenkundig ein Zeitraum mit überdurchschnittlich hohen Niederschlags- und Abflusswerten erfasst, die seither nicht mehr erreicht wurden. Trotz des, gemessen an den Planvorgaben, erheblich reduzierten Volumens an transferiertem Wasser musste der Anteil, der für die Versorgung der städtischen Haushalte vorgesehen war, zwischenzeitlich um 10% auf 120 hm³ erhöht werden, weil die rasch wachsenden touristischen Zentren an der Küste zwischen Alicante und der touristischen Urbanisation “La Manga del Mar Menor” ständig mehr Frischwasser beanspruchen. Inzwischen tragen auch große gewerbliche Meerwasserentsalzungsanlagen zur Deckung des urbanen Wasserbedarfs bei.

Im Falle der Planvorgaben für die Bewässerungslandwirtschaft wurde der kalkulierte Bedarf keineswegs dem reduzierten verfügbaren Wasseraufkommen angepasst, sondern konsequent umgesetzt, als stünden die 400 hm³/Jahr tatsächlich zur Verfügung. In der Konsequenz wurden zusätzlich zur Modernisierung von 47.000 ha Bewässerungsfläche mit unzureichender bzw. veralteter Infrastruktur rund

90.000 ha neu geschaffen, vorzugsweise im Campo de Cartagena. Tatsächlich zählt die ehemals staubtrockene Küstenebene heute zu den Schwerpunkten eines höchst einträglichen Frühgemüseanbaus, der mit seinen Produkten ganz Westeuropa beliefert. Weil diese Flächen aber auch unter Einsatz modernster Wasser sparender Technologien (wie z.B. Rechner gesteuerter Dosierung bei der sogenannten Tröpfchenbewässerung; span. *riego a goteo*) nicht mehr hinreichend mit Wasser versorgt werden können, wurden mittels Brunnenbohrungen auch Grundwasservorräte in Anspruch genommen, die inzwischen vielfach überbeansprucht werden, so dass lokal bereits dauerhafte Grundwasserabsenkungen nachzuweisen sind.

Die initiale Fehlkalkulation bei der Wasserentnahme aus dem Tajo-System hat gleichzeitig fatale Folgen für die Unterlieger des Stroms. Vor der Entnahme von Tajo-Wasser am Stausee von Buendía betrug der mittlere Abfluss bei Aranjuez (Prov. Madrid) im Sommer $30 \text{ m}^3/\text{sec}$; das Jahresmittel lag bei $150 \text{ m}^3/\text{sec}$. Nachdem inzwischen bis zu 60% der am Oberlauf des Tajo verfügbaren Wassermenge für die Überleitung an die Levanteküste entnommen werden, wird in einzelnen Jahren das festgesetzte Abflussminimum (mit $6 \text{ m}^3/\text{sec}$) im Unterlieger-Bereich bereits nicht mehr erreicht. Das bedeutet, dass infolge der Reduzierung der Abflussmenge der relative Schadstoffeintrag aus dem Großraum Madrid in den Mittellauf des Tajo bedenkliche Ausmaße angenommen hat. Im Río Jarama, der die Abwässer der Region Madrid dem Tajo zuführt, liegt das Verhältnis von sauberem Wasser zu kontaminierten Abwässern gegenwärtig bei 3 : 7. Im Streckenabschnitt zwischen der Mündung des Río Jarama und der Stadt Talavera de la Reina ist das Tajo-Wasser phasenweise so stark kontaminiert, dass es nicht einmal mehr für die landwirtschaftliche Bewässerung geeignet ist (Hernández Soria 2001).

An der offenkundigen Diskrepanz zwischen dem durch die Tajo-Segura-Überleitung bereitgestellten zusätzlichen Wasserangebot und der tatsächlichen, laufend steigenden Nachfrage entzündet sich eine teilweise militant geführte, kontroverse Diskussion über die Bewertung dieses einzigen bisher realisierten gigantischen Wasserüberleitungsprojekts. Die Diskussion bezieht ihre aktuelle Brisanz nicht zuletzt aus den (inzwischen *ad acta* gelegten) Vorschlägen einer Ableitung von Wasser aus dem Ebro in den trockenen Südosten Spaniens nach Vorgaben des neuen Nationalen Wasserplans, der 2001 mit einer Laufzeit von 20 Jahren rechtskräftig verabschiedet wurde. Der Plan stützt sich auf Artikel 149, 1, 13 der spanischen Verfassung, der die wirtschaftliche Rahmenkompetenz der Zentralregierung in Madrid regelt. Ziel der geplanten Ebro-Überleitung war deshalb nicht allein der Ausgleich des Wasserdefizits im Südosten Spaniens, sondern auch die Verbesserung der Wasserversorgung im Großraum Barcelona, der bislang durch die internen Wassereinzugsgebiete Kataloniens versorgt wird. Die Hochrechnungen sahen eine jährliche Entnahmemenge in

der Größenordnung von 1.000 hm^3 vor, die nach Abzug von Verdunstungsverlusten in Höhe von 50 hm^3 pro Jahr netto zur Verteilung zur Verfügung stehen sollten. Dieses Projekt, das die Größenordnung der Tajo-Segura-Überleitung nochmals übertroffen hätte, ist am 18. Juni 2004 per Gesetz gestoppt worden, nachdem die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (*Partido Socialista Obrero Español*, PSOE) die bis dahin regierende konservative Volkspartei (*Partido Popular*, PP) ablösen konnte. Damit wurden gleichzeitig auch bereits begonnene Bauabschnitte des Kanalprojekts stillgelegt und neue Leitlinien für eine Umorientierung in der staatlichen Wasserpolitik formuliert.

Die sozialistische Regierung setzt jetzt auf das Verfahren der Meerwasserentsalzung. Insgesamt 26 neue Anlagen dieser Art sollen die nunmehr an der Levanteküste ausgefallenen Lieferungen an Ebro-Überleitungswasser kompensieren. Mit einer geplanten Investition von 2,54 Milliarden Euro (mit Förderanteilen von bis zu 85% aus dem EU-Kohäsionsfonds) sollen die Entsalzungsanlagen bis 2009 fertiggestellt sein und dann 650 hm^3 Wasser pro Jahr produzieren. Schon jetzt sind Zweifel angebracht, ob die ehrgeizigen und hochgesteckten Ziele erreicht werden. Die zweite Entsalzungsanlage in der Provinz Murcia (in Valdelentisco) konnte im Juni 2007 nur für einen ersten Probelauf eröffnet werden. Die Anlage von Carboneras (Prov. Almería), die als größte ihrer Art in Europa geplant war, liefert bisher nur 15% ihrer geplanten Kapazität. Bis 2009 sollen es immerhin 50% sein. Durch Fehler in der Standortwahl muss das erforderliche Verteilernetz für das aufbereitete Wasser nachträglich erstellt werden. Jetzt erwägt man allen Ernstes, aufbereitetes Süßwasser aus der Anlage von Carboneras per Tankschiff in die Touristenhochburgen im nördlichen Abschnitt der spanischen Mittelmeerküste zu bringen. Damit würde die trockenste Provinz Spaniens zum Nettowasserlieferanten für den wirtschaftlich starken Nordosten.³

Anders als bei dem Projekt der Tajo-Segura-Überleitung ist die Ebro-Überleitung unter nunmehr veränderten demokratischen Rahmenbedingungen und neuen Zuständigkeiten für die betroffenen Autonomen Regionen zu einem zentralen Thema in der politischen Auseinandersetzung geworden, wobei nicht nur Umweltschutz-Aktivisten und Ökologen als Kritiker auf den Plan treten. Von der geplanten Ebro-Überleitung wären gleich 11 Autonome Regionen betroffen gewesen. Schärfster Gegner des Plans war die Autonome Region Aragonien. Auf ihr Territorium entfällt fast die Hälfte des Wassereinzugsgebiets des Ebro. Sie wäre damit die bei weitem größte Geberregion geworden. Die Empfängerregionen von Valencia, Murcia und der Osten

3 *El País* vom 17.1.2008.

Andalusiens hätten am meisten von der Wasserüberleitung profitiert. Sie argumentierten mit dem Solidaritätsprinzip, das im Wasserrecht von 1985 gesetzlich verankert ist (“el agua es de todos los españoles”). In dieser Auseinandersetzung haben sich verschiedene Initiativgruppen direkt und indirekt Betroffener formiert, die sich als soziale Akteure erstmals in der noch jungen spanischen Demokratieggeschichte massiv in die politischen Entscheidungsprozesse einbringen. Das Ebro-Überleitungsprojekt wurde damit zu einem konkreten Fallbeispiel für die sogenannte “politische Ökologie”, die bei umweltverändernden Planungen die ungleiche Verteilung von Kosten und Nutzen auf die beteiligten Akteure hinterfragt (Krings 1999; Chatel 2006). Bei den Parlamentswahlen vom 9. März 2008 war Wasser neben der Immigration das beherrschende Thema im Wahlkampf. In der hitzig geführten Diskussion verschafften sich in Kastilien-La Mancha sogar extreme Stimmen Gehör, die für eine kompromisslose Einstellung der Lieferungen von Tajo-Wasser an die Levanteküste plädierten.

Die politische Auseinandersetzung über das Wassermanagement hat in Spanien Fronten aufgebaut zwischen der zentralstaatlichen Planung einerseits und den Interessen der einzelnen Autonomen Regionen sowie den agrar- und umweltpolitischen Vorgaben der Europäischen Union andererseits. Ohne Zweifel sind die Autonomen Regionen aus dieser Konfrontation bislang gestärkt hervorgegangen. In diesem Zusammenhang entstand der euphorisch-proklamatorische Begriff der “neuen Wasserkultur” (Martínez Gil 1997). Es sind aber sehr wohl Zweifel an der optimistischen Einschätzung angebracht, dass der neue Geist des Regionalismus gleichzeitig einen Paradigmenwechsel von der “alten” zur “neuen Wasserkultur” einleitet⁴ (vgl. Tab. 4).

4 ... wie es Aguilera Klink (1999) unterstellt hat.

Tab. 4: Wandel der Wasserkultur in Spanien⁵

Alte Wasserkultur	Neue Wasserkultur	
Expansionsphase	Übergangsphase	Reifephase
Mehr Stauseen und Wasser- überleitungen	Management der Nachfrage	Integriertes Management von Einzugsgebieten
Hochwasserschutz, Verbesserung der Wasserversorgung	Hochwasser ist kontrolliert, Versorgung ist gesichert	Kein Wasser-Management ohne Raumplanung
Priorität der Bewässerung (80–90%) und der städtischen Versorgung (10%)	Management der Prioritäten, wirtschaftlicher Wandel	Frage nach verträglichen Nutzungen in den Einzugsgebieten
Geringe Beachtung von Umweltproblemen	Wachsende gesellschaftliche Wahrnehmung von Umweltproblemen	Bedeutende Rolle der Umweltwerte
Wasser als Grundbedarf	Wasser als Produktionsfaktor, gesellschaftliche Bedeutung	Wasser ist von “ökosozialer” Bedeutung
Kaum gesellschaftliche Konflikte, kaum Partizipation	Zunehmende gesellschaftliche Konflikte und Partizipation	Bedeutende gesellschaftliche Konflikte und Schlüsselrolle der öffentlichen Partizipation
Geringe Beachtung der Effizienz in Nutzung und Verteilung, kaum Anreize	Zunehmende Besorgnis über Effizienz und Verteilung, Diskussion über Anreize	Konservation, Einsparung und Umweltbedarf an Wasser; Anreize, Kampagnen
Fehlen statistischer Daten zu Nutzungen und Konsum	Notwendigkeit zuverlässiger Daten wird betont	Zuverlässige Datenserien sollten vorhanden sein

Aus soziologischer Perspektive wurde die politische Auseinandersetzung um die Ebro-Überleitung zum Auslöser für eine besondere Form kollektiver Identitätsbildung. Als spezifische “Widerstandsidentität” (Goetze 2005) hat sich der Prozess einer allgemeinen regionalen Bewusstseinsbildung in Spanien damit weiter verstärkt. Damit zeigt das Beispiel der Bewirtschaftung der Wasserressourcen in Spanien, dass nationale Interessen zunehmend ein Opfer von regionalen Interessen werden, die sich durch regionale Identitäten legitimieren. Die im vergangenen Jahrhundert erstmals praktizierte Instrumentalisierung des Wassers zur Schaffung einer nationalen Identität verlagert sich nunmehr auf die regionale Ebene. Darunter leidet nicht nur die nationale Identität. Vielmehr geht auch die nationale Solidarität verloren. Das Ergebnis ist eine zunehmende Verschiebung der raumordnungspolitischen

5 Entnommen aus Voth 2003 (nach einem Entwurf von Aguilera Klink 1999: 57).

Kompetenzen und der daraus resultierenden Raumplanung von der Zentralregierung in Madrid hin zu den Autonomen Regionen (vgl. Tab 5).

Tab. 5: Struktur des öffentlichen Haushalts nach politisch-administrativen Hierarchie-Ebenen (in % der verausgabten öffentlichen Mittel)

	Zentral- regierung	Autonome Regionalregierungen	Landkreise / Städt. Kommunen	Total
1979	88,0	0,1	11,9	100,0
1985	76,6	12,6	12,8	100,0
1990	67,5	19,2	13,3	100,0
1995	67,0	21,5	11,5	100,0
1997	63,8	23,9	12,3	100,0
2004*	52,0	32,0	16,0	100,0

* Schätzung

Quelle: Serrano Martínez 2005: 92

Erneuerbare Energien

Vor dem Hintergrund einer Selbstversorgungsrate von nur noch 19,8% (2006) und einer entsprechend hohen Abhängigkeit von Primärenergie-Importen (ca. 50% Erdöl, rd. 17% Erdgas) erhält die Nutzung alternativer, regenerierbarer Energien in Spanien eine zunehmende Bedeutung. Ihr Beitrag erreichte 2006 einen Anteil von 4,1% am spanischen Primärenergiebedarf.⁶

Besonders hohe Erwartungen sind in die Solarenergie zu setzen, weil das Potenzial zur Nutzung der Sonnenenergie am Südsaum der Iberischen Halbinsel im europäischen Vergleich die höchsten Werte erreicht. Im Mittel verzeichnen die spanischen Mittelmeerküsten zwischen Alicante und Gibraltar selbst im Winter noch sechs Stunden Sonnenscheindauer pro Tag, so dass sich im Januar eine direkte Sonneneinstrahlung von rd. 180 Stunden ergibt. Ähnlich hohe Werte erreicht auch das Innere des Guadalquivir-Beckens (Niederandalusien). Über 25 Jahre gemittelt errechnet sich für die genannten Küstensäume eine Jahressumme direkter Sonneneinstrahlung von mehr als 3.000 Stunden. Die Umrechnung dieser Klimawerte auf horizontale Flächen ergibt für

6 Angaben laut Instituto Nacional de Estadística <<http://www.ine.es>> (März 2008).

den Südsaum der Iberischen Halbinsel eine tägliche Globalstrahlung, die im Jahresmittel über 4,8 kWh/m² liegt. Diese Werte werden im übrigen Südeuropa nur noch am Südsaum Siziliens sowie in der südlichen Hälfte der Peloponnes-Halbinsel erreicht (Helfer 2003).

Die sogenannte Solarplattform von Tabernas (*Plataforma Solar de Almería*, PSA) in der ostandalusischen Provinz Almería ist europaweit bekannt geworden. Es handelt sich um eine Testanlage für solarthermische Kraftwerkskomponenten, die im Rahmen einer europäischen Kooperation betrieben wird, an der auch die deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR) maßgeblich beteiligt war. Die inzwischen mehr als 20 Jahre alte Anlage basiert auf dem Prinzip der solaren Wärmetechnik (Solarthermie), bei der die direkte Sonneneinstrahlung durch Spiegel gebündelt und auf ein Arbeitsmedium (Luft, Helium, Natrium, Flüssigsalz oder sogenanntes Thermoöl) gelenkt wird, das bis zu 400 °C aufgeheizt werden kann und anschließend zum Antrieb von Dampfturbinen und nachgeschalteten Generatoren für die Stromerzeugung genutzt wird. In der andalusischen Provinz Granada (in Lacalahorra bei Guadix) entsteht gegenwärtig das größte solarthermische Kraftwerk der Welt mit einer (max.) Kapazität von 176 MW. Damit kann eine Wohnbevölkerung in der Größenordnung von 180.000 Personen mit elektrischer Energie versorgt werden. Zum Einsatz kommen dabei Rinnenparabolspiegel, die in 624 jeweils 150 m langen Reihen eine Kollektorfläche von 510.000 m² ergeben; das entspricht der Größe von 70 Fußballfeldern. Im kommerziellen Betrieb ist diese Technologie seit 1985 in Kalifornien erprobt. Die gigantische Anlage von Lacalahorra wird voraussichtlich 2008/09 fertiggestellt sein.

Sollten sich die Erwartungen der Betreibergesellschaft Andasol (an der die deutsche Firma Solar Millenium einen Kapitalanteil von 25% hält) erfüllen, dürfte das Großprojekt wegweisend für einen weiteren Einsatz dieser Technologie in Südeuropa und in Nordafrika werden, zumal Spanien bei solarthermischen Anlagen (gemessen an der Kollektorfläche) im Vergleich der Länder Südeuropas noch erheblichen Nachholbedarf hat. Bis 2004 waren hier 12 m²/1.000 Einwohner (oder 688.700 m² insgesamt) an Sonnenkollektoren installiert (zum Vergleich: Österreich und Griechenland > 250 m²). Das dürfte sich nach Einführung des neuen technischen Baukodex (*Código técnico de la edificación*) von 2006 ändern: Bis 2010 sollen die installierten Kollektorflächen auf das Siebenfache (das wären dann 4,9 Millionen m²) anwachsen; nach diesen Planvorgaben soll das sonnenverwöhnte Andalusien knapp ein Viertel der thermosolaren Kollektorfläche Spaniens auf sich vereinen.⁷

7 Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Außenhandelsstelle Madrid <<http://wko.at/awo/es>> (März 2008).

Bei den Photovoltaikanlagen entspricht die tatsächliche Verbreitung installierter Anlagen ebenso wenig den Größenordnungen, die sich aufgrund der Sonneneinstrahlungswerte in Spanien erwarten ließen. 2004 waren ganze 37 MW an potenzieller photovoltaischer Energiekapazität installiert. Diese Leistung soll gemäß dem spanischen Plan für erneuerbare Energien (*Plan de Energías renovables 2005–2010*) auf 400 MW gesteigert werden, wobei auf Katalonien und Andalusien ein Anteil von >10% entfallen soll. Die einschlägige Industrie rechnet mit jährlichen Wachstumsraten bis zu 40% bei Photovoltaikanlagen für den Einfamilienhaussektor. Weltweit ist Deutschland mit 45% der installierten Photovoltaikleistung (noch) führend, gefolgt von Spanien mit 28% (Stand Dezember 2007). Zu den derzeit größten Photovoltaikanlagen in Spanien gehören die sogenannten Solargärten (*huertos solares*) von Beneixama (Alicante) und Jumilla (Murcia) mit einer Nennleistung von jeweils 20 MW.

Die Photovoltaik basiert technisch auf dem von A. E. Bequerel erfundenen photoelektrischen Halbleitereffekt, demzufolge sich an der Grenzschicht zwischen positiv dotiertem und negativ dotiertem Silizium bei Lichteinfall eine elektrische Spannung aufbaut. Der Wirkungsgrad von Photovoltaikanlagen zur Erzeugung elektrischer Energie ist geringer als beim solarthermischen Prinzip; allerdings ist die Photovoltaik auch bei diffusem Sonnenlicht wirksam und deshalb vielfältiger einsetzbar. Neben ihrem Beitrag zur nationalen Energieerzeugung eignet sich die Photovoltaik besonders zur dezentralen Versorgung kleiner Siedlungen mit Strom im dünn besiedelten ländlichen Binnenraum.

Im Unterschied zur Nutzung der solaren Energie ist der Ausbau der Windenergie in Spanien schon früher betrieben worden. Mit einer installierten Kapazität von 8.155 MW stellte die Windkraft 2004 bereits 30% der potenziellen Energieerzeugung bei den erneuerbaren Energien. Damit liegt das Land im europäischen Vergleich auf Rang 2 hinter der Bundesrepublik Deutschland. Maßgeblich für den hohen Ausbaugrad der Windenergie in Spanien (wie auch in Deutschland) ist weniger das natürliche äolische Potenzial als vielmehr die wirtschaftspolitische Förderung durch die EU. Davon haben die spanischen Regionen in unterschiedlichem Maße Gebrauch gemacht. Insbesondere in bevölkerungsarmen, ländlichen Räumen ist das regionalpolitische Interesse am Ausbau der Windenergie ausgeprägt. Häufig ist das zur Verfügung gestellte Gelände im Eigentum der jeweiligen Gemeinden. In La Muela zum Beispiel (Provinz Zaragoza) existiert ein Windpark mit rund 500 Generatoren; rund die Hälfte davon steht auf Gemeindeland. Für private Grundeigentümer ist die Nutzungspacht ebenso eine willkommene Einnahmequelle.

Die Voraussagen über den weiteren Ausbau der Windenergie in Spanien werden laufend nach oben korrigiert: Der erste Plan zur Förderung der erneuerbaren Ener-

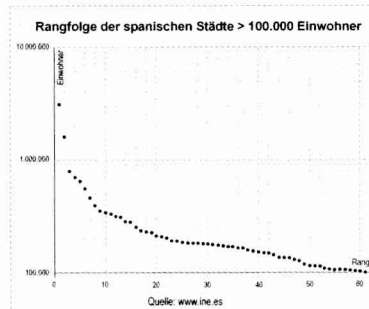
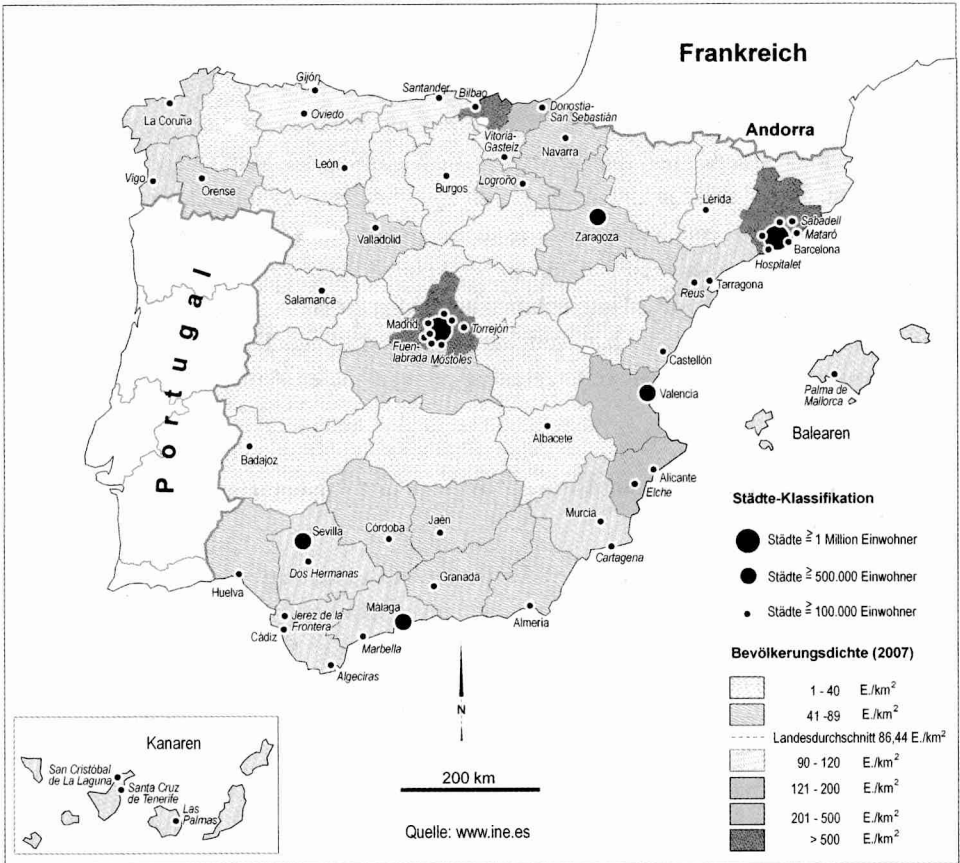
gien aus dem Jahr 1999 formulierte für 2010 ein Ausbauziel von 8.140 MW. Die waren bereits 2004 erreicht. Der bereits zitierte Plan für erneuerbare Energien 2005–2010 strebt für 2010 eine installierte Kapazität von 20.155 MW an. Ob diese ehrgeizigen Ausbauziele erreicht werden, hängt unter anderem sicherlich vom Ausmaß der zukünftigen Subventionierung ab. Man sollte allerdings auch die Lobby-Arbeit der beteiligten Industrieunternehmen nicht unterschätzen: Anfang 2003 teilten sich ganze drei Unternehmen 77% der bereits installierten Anlagen. Alle drei Unternehmen arbeiten mehrheitlich mit spanischem Kapital. Marktführer ist Gamesa Eólica, eine spanische Unternehmensgruppe, die ursprünglich auf der dänischen Technologie der Firma Vestas basierte und ihrerseits zum Energiekonzern Iberola gehört. Gamesa Eólica hielt 2002 einen Marktanteil von 54% und produziert an 12 Standorten in Spanien. Das Unternehmen beschäftigte bereits im Jahr 2001 mehr als 1.100 Angestellte bei einem Jahresumsatz von 470 Millionen Euro. Damit leistet die Windenergie einen nennenswerten Beitrag zur regionalen Wirtschaftsentwicklung (Espejo Marín 2004).

5. Der Dualismus zwischen Binnenprovinzen und küstenorientierten Ballungsräumen

Nach den Daten des kommunalen Einwohnermelderegisters (*padrón municipal*; Stichtag 1.1.2007) erreicht Spanien eine Wohnbevölkerung von 45,2 Millionen Einwohnern.⁸ Hervorstechendes Merkmal der räumlichen Bevölkerungsverteilung sind extreme regionale Disparitäten mit hohen und höchsten Dichtewerten in den Küstenprovinzen (z.B. Barcelona 690 EW/km²), denen fast bevölkerungsleere Provinzen im Landesinnern gegenüberstehen. Im Landesinnern sind wiederum die Gebirgsräume (z.B. Iberisches Randgebirge: Provinzen Soria und Teruel mit 9 bzw. 9,7 EW/km²) am schwächsten besiedelt. Aus diesen regionalen Disparitäten lässt sich ein klarer Dualismus ableiten zwischen dicht besiedelten Küstenzonen und Inseln, die offensichtlich von der Bevölkerung als Gunsträume bevorzugt werden, und den meerfern gelegenen Hochflächen, Mittelgebirgszonen und Beckenlandschaften im Innern der Iberischen Halbinsel, die als Siedlungsräume weniger gefragt sind. Einzige Ausnahme in diesem zentral-peripheren Raummuster bildet die im geographischen Zentrum der Iberischen Halbinsel gelegene Hauptstadt Madrid mit der gleichnamigen Provinz, die als Solitär im Landesinnern sogar höhere Dichtewerte als die bedeutendsten Küstenprovinzen erreicht (Madrid 758 EW/km²; vgl. Abb. 4).

8 Instituto Nacional de Estadística <<http://www.ine.es>> (März 2008).

Abb. 4: Bevölkerungsdichte nach Provinzen und Städte-Klassifikation
(Stand 2007)



Das beschriebene Bild einer zentral-peripheren Abfolge von nur dünn besiedelten Binnenräumen hin zu hoch verdichteten Küstensäumen wird durch ein gleichsinniges Nord-Süd-Gefälle zugunsten Andalusiens und der südlichen Levanteküste akzentuiert.

Dem beschriebenen regionalen Dualismus entspricht eine nicht minder ausgeprägte strukturelle Dichotomie: Ganze 6,1% der spanischen Bevölkerung leben in ländlichen Siedlungen bis zu 2.000 Einwohnern; 42,3% hingegen bevorzugen das Leben in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern (Stand 1.1.2007). Diese Städte wiederum finden sich vorzugsweise in küstennahen Lagen, so dass sich hier die eingangs beschriebene regionale Disparität und die strukturelle Diskrepanz in der Verteilung der spanischen Bevölkerung verstärken. Allein 14 von 50 Provinzhauptstädten erreichen nicht einmal die Größenordnung einer Großstadt. Sie liegen (mit Ausnahme von Gerona und Lugo) küstenfern im Landesinnern (vgl. Abb. 4).

Der beschriebene Zustand der Bevölkerungsverteilung ist das Ergebnis einer raumzeitlich differenzierten Entwicklung, die einerseits aus dem generativen Verhalten und andererseits aus räumlichen Wanderungsbewegungen resultiert. Die einem peripher-zentralen Raummuster folgenden regionalen Disparitäten sind in erster Linie das Ergebnis von großräumigen Bevölkerungsumschichtungen durch Wanderungen. Eine entscheidende Rolle kommt dabei der spanischen Binnenwanderung zwischen 1950 und ca. 1990 zu. Sie wird überlagert und akzentuiert durch die sogenannte Gastarbeiterwanderung nach West- und Mitteleuropa zwischen 1960 und 1975.

Bei der Abwanderung aus dem ländlichen Raum handelte es sich *de facto* um eine Landflucht. Sie begann häufig als temporäre Wanderung einzelner Familienmitglieder, die in den städtischen Zentren des Landes bessere Verdienstmöglichkeiten suchten. Aus der temporären Abwanderung wurde in aller Regel recht bald eine definitive Familienwanderung. Die Binnenwanderungsbewegung begann im Regelfall als Etappenwanderung, d.h. abwanderungswillige Bevölkerung wanderte zunächst in die eigene Provinzhauptstadt und von dort aus dann in entferntere industrielle bzw. städtische Ballungszentren. Häufig wurden auch Kettenwanderungen beobachtet, bei denen eine Vorhut von Migranten weitere Abwanderungswillige aus dem gleichen Herkunftsgebiet nach sich zog. Auf diese Weise entstanden gewisse Präferenz-Zielgebiete für verschiedene Abwanderungsgebiete. Im lokalen Maßstab ließen sich die Emigranten eines Dorfes im Zielgebiet, teilweise sogar im gleichen Stadtteil nieder, um die gewachsenen nachbarschaftlichen Beziehungen zumindest teilweise erhalten zu können und um die neue Lebenssituation gemeinschaftlich besser meistern zu können.

Die Zielrichtung der Binnenwanderung war durch wenige Anziehungspole festgelegt, die Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistungen versprachen: Madrid, Barcelona, die baskischen Küstenprovinzen sowie Valencia. Als die Binnenwanderung in den 90er Jahren zum Erliegen kam, hatte sie die regionale Verteilung der spanischen Bevölkerung ebenso wie deren Struktur grundlegend umgestaltet. Das Ergebnis manifestiert sich in den heutigen räumlichen ebenso wie sozioökonomischen Disparitäten.

Probleme der Raumordnung

Die geschilderte Entvölkerung des ländlichen Raumes bei gleichzeitiger Überalterung der verbleibenden Restbevölkerung hat erhebliche Strukturprobleme zur Folge. Vornehmlich in den Mittelgebirgen des nördlichen Spanien (Iberisches Randgebirge, Asturien, Sierra de Gredos), aber auch in großen Teilen der Nordmeseta sowie im Ebrobecken sind ganze Dörfer nur noch partiell bewohnt, kleinere Weiler sind als Siedlungsplätze häufig vollständig aufgegeben worden (sog. Ortswüstungen). In den ländlichen Räumen Nordspaniens gibt es zahlreiche Gemeinden (hier verstanden als politisch-administrative Verwaltungseinheiten), die weniger als 100 Einwohner zählen. In Burgos allein traf dies nach den Daten der Einwohnermeldeämter zum Stichtag 1.1.2007 für 133 von insgesamt 371 Gemeinden der Provinz zu, in der Provinz Guadalajara für 141 von 288 Gemeinden.

Die mittel- und langfristigen Konsequenzen einer solchen kommunalen Siedlungsstruktur sind bislang bestenfalls ansatzweise sichtbar: Wie soll unter solchen Rahmenbedingungen die schulische Bildung und berufliche Ausbildung garantiert werden? Wie könnte eine wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung in den betroffenen Räumen initiiert werden? Wer trägt die Kosten für eine zeitgemäße infrastrukturelle Ausstattung (mit Straßen, Elektrizitäts- und Kommunikationsnetzen, Ver- und Entsorgungsdiensten usw.) nur punktuell besiedelter Räume? Wer garantiert die Kontrolle von Umweltschutzbestimmungen (z.B. zur Reinhaltung der Gewässer, auf denen die Wasserversorgung der großen Städte basiert), wer sorgt für die Erhaltung eines (mitunter sehr fragilen) ökologischen Gleichgewichts in kaum bewohnten, aber von der Freizeitgesellschaft zunehmend genutzten Gebirgsräumen?

Die Provinz Teruel im Iberischen Randgebirge startete schon 1999 mit dem Slogan „¡Teruel existe!“ („Teruel existiert [immer noch]!“) eine regionalpolitische Initiative, um auf die drängenden Probleme des Berglandes aufmerksam zu machen und solidarische Hilfe der Zentralregierung in Madrid sowie der EU einzufordern. Der Bürgermeister von Aguaviva (im Bajo Matín, Teruel) brachte seine Gemeinde sogar in die Schlagzeilen der deutschen Presse, nachdem er persönlich in Südameri-

ka zuwanderungswillige Familien angeworben hatte. Auf seine Initiative geht auch die Gründung der *Asociación Española de Municipios Contra la Despoblación* (Vereinigung der Gemeinden gegen die Entvölkerung) zurück. Die Initiative setzt auf den Zuzug von jungen Immigrantenfamilien, weil die überalterte und weiterhin schrumpfende Restbevölkerung zur autochthonen Regeneration nicht mehr fähig ist.

Gemeinden, deren Zuschnitt auf das 19. Jahrhundert zurückgeht und die heute teilweise nicht einmal eine Einwohnerzahl von 100 erreichen, sind für diese Probleme des 21. Jahrhunderts sicherlich nicht gerüstet. Eine neue Raumordnungspolitik für die dünn besiedelten ländlichen Binnenräume Spaniens ist überfällig. Wichtiger Impulsgeber für diese Politik ist die sozioökonomische Veränderung der urbanen Bevölkerung. Die prosperierende wirtschaftliche Entwicklung fand spätestens nach dem Beitritt zur EG ihre Entsprechung in einer rasant wachsenden Kaufkraft der Verbraucher. Dies wurde unter anderem in der Zunahme der individuellen Motorisierung sichtbar. Das Ergebnis waren stetig steigende Pendlerströme, die den Bau von großräumigen städtischen Umgehungsstraßen zur Entlastung des innerstädtischen Straßenverkehrs erzwangen. In diesem Zusammenhang haben alle großen städtischen Ballungsräume in Spanien leistungsfähige Ringstraßensysteme im Randbereich der städtischen Bebauung geplant und inzwischen auch weitgehend umgesetzt.

Ohne an dieser Stelle die Problematik von Ursache und Wirkung ausführlich zu thematisieren, muss doch festgestellt werden, dass mit der großzügigen Straßenverkehrsplanung in den städtischen Randbereichen sowie im näheren Umland der städtischen Ballungsräume jetzt eine neue Facette der Stadtentwicklung deutlich wird: Im Anschluss an die suburbane Zone der Großstädte bzw. Ballungsräume beginnt sich der sogenannte "periurbane" Raum auszubilden. Damit wird eine weitere Entwicklungsphase eingeleitet.

Die "Suburbanisierung" eines ehemals ländlichen Umlandes resultierte aus dem Wachstum der Großstädte (bzw. Kernstädte in Ballungsräumen). Dies setzte in den 70er Jahren ein, vorzugsweise in Form einer vielgeschossigen Wohnblockbebauung (Klein 1988), die übergangslos häufig abrupt an die Freiflächen des ländlichen Umlandes angrenzte. Die Suburbanisierung führte zu einer flächenhaft ausufernden städtischen Überbauung, die sich ringförmig um die eigentliche Kernstadt legte. Damit verbunden war eine vollständige funktionale Überformung der ehemals ländlichen Strukturen.

Im Unterschied zur Suburbanisierung wird die aktuell zu beobachtende Periurbanisierung als typische postindustrielle Entwicklung an der Peripherie großstädtischer Ballungsräume gedeutet. Sie findet außerhalb der zusammenhängenden städtischen Bebauung im ländlichen Raum statt, und zwar in Form inselhaft ausgebildeter, unter-

einander nicht verbundener Kerne. Die Versorgungsinfrastruktur im periurbanen Raum ist inhomogen, die Bevölkerung ist heterogen; teilweise sind die sozialen Gruppen sogar polarisiert. Bei der ökonomischen Nutzung treten neue, großflächige Einzelhandels- und Dienstleistungszentren auf. Bei den Siedlungen vermischen sich Freizeit- und Wohnsiedlungen. Auf der Grundlage der Wanderungssalden der Gemeinden der Metropolitanregion Madrid konnte Rainer Wehrhahn (2000) den Umschwung von der Suburbanisierung zur Periurbanisierung seit den 90er Jahren nachweisen. Er differenziert dabei zwischen einer Periurbanisierung der Wirtschaft und einer solchen der Bevölkerung. Die Randwanderer in den periurbanen Raum kommen nicht mehr aus der Kernstadt, sondern aus dem suburbanen Ring. Merkmale der neuen wirtschaftlichen Funktion im periurbanen Umland sind beispielsweise die *centros comerciales*, *hipermercados* und die Fachmärkte (wie z.B. *Bricolage*, *Decathlon*, *Ikea* usw.), die sich vorzugsweise an der Nahtstelle zwischen *corona metropolitana* und periurbaner Zone an Schnittpunkten der radialen Ausfallstraßen mit den großen Ringstraßensystemen ansiedeln. Die Verkaufsflächen allein des Einzelhandels haben sich zwischen 1985 und 1999 in dieser Zone mehr als verfünffacht. Hinzu kommen die sogenannten FOCs (*Factory Outlet Center*), Großkinos und andere freizeitorientierte Massenanbieter, die sich in Gewerbeparks zusammenschließen.

Die Periurbanisierung beschränkt sich keineswegs auf Einrichtungen des Groß- und Einzelhandels, sondern findet aktuell ihre Fortsetzung in Technologie-“Parks”, wo in erheblicher Distanz von der Kernstadt hochrangige unternehmensbezogene Dienstleistungen ebenso wie Einrichtungen für Forschung und Technologie gebündelt lokalisiert sind. Als Beispiel mag die *Ciudad Imagen* (zwischen den Großstädten von Alcorcón und Pozuelo de Alarcón im Westen der *corona metropolitana* von Madrid) dienen, wo sich bekannte Radio- und Fernsehsender sowie die dazugehörigen Unternehmen der Medienbranche in einem für die Branche infrastrukturell autarken Umfeld weit außerhalb der Kernstadt angesiedelt haben.

Bemerkenswert ist auch der Fall des Banco de Santander. Die drittgrößte spanische Bank hat ihre neue Hauptverwaltung für Spanien und Europa (!) rd. 25 km entfernt von der Stadtgrenze Madrids in der Gemeinde Boadilla del Monte erbaut. Das weitläufige, öffentlich nicht zugängliche und streng überwachte Gelände bietet Raum nicht nur für rd. 7.000 meist hochqualifizierte Arbeitsplätze, sondern präsentiert sich als autarke Stadt (“ciudad financiera”) unter anderem mit Schulungseinrichtungen, Unterhaltungs- und Einkaufszentrum und sogar einem Golfplatz für die Mitarbeiter. Die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen.

Die Periurbanisierung der Bevölkerung äußert sich vorzugsweise in isoliert gelegenen, abgeschirmten Einfamilien- und Reihenhaussiedlungen für eine höchst-

gig ausgebildete bürgerliche Mittel- und Oberschicht. Vorläufer dieser *urbanizaciones* mit reiner Wohnfunktion waren häufig saisonal genutzte Freizeitsiedlungen, die seit den 80er Jahren nicht nur im weitläufigen Umland von Madrid, sondern in ähnlicher Weise in attraktiven Wohnlagen in autogerechter Distanz vor den Toren fast aller spanischen Großstädte entstanden. Eine Variante dieser Freizeitwohnsiedlungen sind Zweitwohnsitze in historisch gewachsenen Dorfkernen, die infolge der Landflucht weitgehend entvölkert wurden und schon seit den 80er Jahren von einer städtischen Mittelschicht mit steigender Kaufkraft nachgefragt werden. In den jeweiligen Nachbarprovinzen der städtischen Agglomerationen von Madrid und Barcelona erreicht die Zahl der im Rahmen der Wohnungszählung ermittelten Zweitwohnsitze schon mehr als ein Drittel des gesamten Wohnungsbestandes. Dabei ist zusätzlich eine hohe Dunkelziffer bei den offiziell als Zweitwohnsitzen gemeldeten Wohnungen anzunehmen. Ein Ende der Nachfrage ist nicht in Sicht; im Gegenteil: Der *ruralismo* ist dabei, für die obere Mittelschicht in Spanien zum Ausdruck eines neuen Lebensgefühls und einer neuer Lebensweise zu werden. Im periurbanen Raum resultiert aus dem Zusammentreffen autochthoner ländlicher Restbevölkerung und einer technologisch orientierten, bestens ausgebildeten urbanen Oberschichtbevölkerung eine deutliche Polarisierung.

Sie manifestiert sich unter anderem in einer nach außen abschottenden Wohn- und Siedlungsweise, vornehmlich in neuen Reihenhaushaus- und Einfamilienhauswohnsiedlungen, die je nach Dimension und Ausprägung über eigene Sport- und Freizeiteinrichtungen (wie Tennisplätze, Schwimmbad usw.) sowie Einkaufsmöglichkeiten verfügen. Damit werden diese *gated communities* ihrerseits zu einem formalen Merkmal der periurbanen Zone. Sie sind ebenso wie die meisten Gewerbeparks der neuen Generation nicht als öffentlicher Raum zugänglich, dank ihrer Konzeption und der modernen Kommunikationstechnologien aber autark und formen insofern die Bausteine der neuen, nunmehr "fragmentierten" Stadt. Dieses Phänomen ist auch für bestimmte lateinamerikanische Millionenstädte nachweisbar (Meyer-Kriesten / Plöger / Bähr 2004; Borsdorf / Hidalgo 2005). Innerhalb der europäischen Metropolitanräume nimmt Spanien bei dieser neuen Ausprägung der urbanen Entwicklung offenkundig eine Vorreiterrolle ein.

Die neue Immigration und ihre räumlichen Präferenzmuster

Nachdem die Überseeemigration durch die Gastarbeiterwanderung weitgehend ersetzt worden war und auch die Binnenwanderung zu Beginn der 90er Jahre ausgelaufen war, kehrte sich die Wanderungsrichtung um. Damit rückte das Thema der Immigration erstmals ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit. Der Wechsel

der Migrationsperspektive traf die Masse der spanischen Bevölkerung völlig unvorbereitet. Eine Gesellschaft, die mental noch in kollektiver, häufig traumatischer Emigrationserfahrung befangen war, hatte nach der Franco-Diktatur dank der wirtschaftspolitischen Anlehnung an Europa endlich den ersehnten Anschluss an mitteleuropäische Lebensstandards gefunden und wollte diesen Zustand nun auskosten. Im Jahr 2000 waren amtlicherseits rd. 923.000 Ausländer als (legale ebenso wie illegale) Wohnbevölkerung bekannt. Für den 1. März 2007 meldete das Ministerium für Arbeit und Soziales bereits 3,24 Millionen Ausländer mit polizeilicher Aufenthaltserlaubnis (*autorización de residencia*). Für den 1. Januar desselben Jahres addierten sich die Zahlen der kommunalen Einwohnermeldeämter (*padrón municipal*) auf 4,52 Millionen Ausländer. Demzufolge waren im Frühjahr 2007 mindestens 1,28 Millionen Ausländer in spanischen Gemeinden gemeldet, die sich polizeilich illegal im Land aufhalten. Über die zusätzliche, mutmaßliche Dunkelziffer überhaupt nicht erfasster Migranten (vor allem Kinder und Nicht-Berufstätige) kann nur spekuliert werden.

Einige Zugangswege der illegalen Immigration sind bekannt: Die illegale Zuwanderung aus Nordafrika nutzt vor allem die Seewege über die Meerenge von Gibraltar sowie über die kurze Distanz zwischen der westafrikanischen Küste und der Kanareninsel Fuerteventura.⁹ Im Jahr 2000 erreichte die Zahl dieser illegalen Immigranten, die vor der andalusischen Küste der Polizei in die Arme liefen, in nur neun Monaten fast 11.000 Personen. Aufgrund der besonderen politischen Konstellation, der zufolge die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla EU-Territorium auf nordafrikanischem Boden repräsentieren, sind die genannten Städte, die schon in der Vergangenheit vornehmlich vom Schmuggel lebten, zusätzlich einem außerordentlich starken Migrationsdruck aus Zentral- und Westafrika ausgesetzt. Als Ergebnis entstand um Ceuta eine "Art 'Berliner Mauer' (allerdings ohne Schießbefehl)" (Popp 1998), die zwischenzeitlich von den spanischen Behörden um die Städte Ceuta und Melilla herum errichtet wurde, um das illegale Einsickern von nordafrikanischen Wirtschaftsflüchtlingen zu unterbinden. Mit seinen beiden exponierten Außenposten in Nordafrika fühlt sich Spanien gewissermaßen als eine Art Außenbastion der "Festung Europa" an deren südwestlicher Peripherie. Aus diesem Grunde waren es zunächst auch (Nord-)Afrikaner, die den Großteil der illegalen Immigranten stellten. Seit ca. 2005 dominieren Lateinamerikaner unter den illegalen Einwanderern. Daneben holen auch die Rumänen auf. Sie haben in Spanien dank ihrer romanischen Muttersprache nach den Lateinamerikanern die geringsten Verständigungsprobleme.

9 Meyer 2002; zur Einwanderung der letzten 15 Jahre vgl. den Beitrag von Axel Kreienbrink in diesem Band.

In der jüngeren Migrationsgeschichte Spaniens nehmen die Kanaren eine Sonderstellung ein (Domínguez Mujica 1996; Zapata Hernández 2002). Die Inseln verzeichneten bereits nach der kubanischen Revolution von 1959 eine erste Rückwanderungswelle ehemals dorthin emigrierter *canarios*. Fast zeitgleich begann der Zuzug wohlhabender Europäer (vorzugsweise aus Großbritannien, Deutschland und den skandinavischen Ländern), die sich auf den Inseln mit (Zweit-)Wohnsitz niederließen und mit ihren Investitionen einen ersten wirtschaftlichen Aufschwung auslösten. Die Rückwanderung ehemaliger Emigranten aus Lateinamerika hielt infolgedessen an und verstärkte sich in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts, als Venezuela, das ehemalige Zielland der Überseemigration mit dem größten Anteil an Migranten kanarischer Herkunft, eine (erste) Finanz- und Wirtschaftskrise durchlebte. Seit dem gescheiterten Referendum zur Amtsenthebung von Hugo Chávez im August 2004 nimmt die Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge aus Venezuela wieder zu, wie überhaupt der Zuwanderung aus Lateinamerika für die Herkunftsländer zunehmend die Funktion einer "Abstimmung mit den Füßen" zukommt. Für die Kanaren ist insofern die Unterscheidung zwischen Immigranten ausländischer Nationalität und Immigranten, die im Ausland geboren wurden, besonders bedeutsam, weil die meisten Immigranten mit (beispielsweise) venezolanischem oder kubanischem Pass in Wirklichkeit kanarischstämmige ehemalige Emigranten sind. Indirekt eignen sich die Kanaren als "Trittsstein" für die illegale Zuwanderung aus Lateinamerika nach Spanien besonders gut.

Spanien hat seit 1985 mehrere Gesetzeskampagnen zur nachträglichen Legalisierung illegaler Immigranten auf den Weg gebracht. Bei fünf verschiedenen Einbürgerungsmaßnahmen zwischen 1985 und 2001 wurden zum Beispiel 662.577 bis dahin nicht erfasste Migranten registriert, davon allein 463.665 in den Jahren 2000 und 2001 (Gozálvez Pérez 2002). Vom 7. Februar bis 7. Mai 2005 gab es ein weiteres dreimonatiges Sonderlegalisierungsverfahren. Dabei konnten Arbeitgeber für illegale Immigranten, die bis dahin als Schwarzarbeiter bei ihnen beschäftigt waren, eine ordnungsgemäße Aufenthaltsgenehmigung mit gleichzeitiger Arbeitserlaubnis beantragen. Auf diese Weise erfasste man in nur drei Monaten weitere 691.655 illegale Arbeitnehmer, von denen rd. 60% zwischen 25 und 39 Jahre alt waren. Bis zum Jahresende 2005 waren 83% dieser Legalisierungsanträge positiv beschieden worden. So erfolgreich die Maßnahme zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft auch war, sie erfasste weder die nicht-arbeitenden Ausländer (Kinder und Erwachsene) noch diejenigen Arbeitsverhältnisse, die von betroffenen Arbeitgebern bewusst verschleiert werden.

Trotz dieser Einschränkungen hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der Zahlen zur Ausländerbevölkerung dürften die Zahlen der Einwohnermeldeämter aus pragmatischen Gründen noch am ehesten als Orientierungsmaß zu nutzen sein. In der Sum-

me ist der Ausländeranteil in Spanien im europaweiten Vergleich noch vergleichsweise moderat, nimmt aber in rasantem Tempo zu: Für 2004 meldeten Spanien 4,6%, Portugal 4,3%, Italien 3,9%, Griechenland (Stand 2000) 7,0%, Deutschland 8,9%¹⁰, Österreich 9,5% und die Schweiz 20,2% an ausländischer Wohnbevölkerung.¹¹ Legt man hingegen die Zahlen der Einwohnermeldeämter zugrunde, dann betrug der Ausländeranteil in Spanien am 1.1.2007 bereits 9,9%. Unter dem Vorbehalt einer weiterhin bestehenden Dunkelziffer sind per 1.1.2007 laut Einwohnermeldelisten 4.519.554 ausländische Personen als legal oder illegal anwesende Wohnbevölkerung registriert (Tab. 6):

Die stärkste Gruppe stellen dabei (noch) die Marokkaner (mit 12,9% aller Ausländer), knapp gefolgt von Rumänen (11,7%) und Ecuadorianern (9,5%). Auf Rang 4 folgen die Briten (mit 7,0%). Deutsche und Italiener erreichen mit 3,6% bzw. 3,0% die Rangplätze 7 und 8. Berücksichtigt man nur die Nationalitäten mit mehr als 100.000 Personen, lässt sich das Spektrum der Immigranten vereinfacht auf zwei bzw. drei Kategorien reduzieren: In der Mehrzahl handelt es sich um Wirtschaftsflüchtlinge aus Drittwelt- oder Schwellenländern, gefolgt von Osteuropäern aus den ehemaligen sozialistischen Staaten. Daneben stellen die Ausländer aus den wohlhabenden Staaten West-, Mittel- und Nordeuropas einen wichtigen Anteil.

Die Migration der Wirtschaftsflüchtlinge ist primär arbeitsplatzorientiert. Sie sind jung, sorgen für ein generatives Bevölkerungswachstum, konkurrieren mit den Einheimischen aber auch um die weniger qualifizierten Arbeitsplätze. Diese Immigration wird in Spanien als gesellschaftliches Problem empfunden, wobei vor allem die rasche Zunahme der (überwiegend illegalen) Zuwanderung die Sorge vor Überfremdung schürt. Im Unterschied dazu sind die meisten Europäer der sogenannten "aminty seeking migration" zuzurechnen, in der Mehrzahl Altersresidenten, die ihren Lebensabend in südlicher Wärme verbringen wollen und in Spanien keine Arbeitsplätze beanspruchen, sondern durch ihr Konsumverhalten eher Beschäftigung generieren. Eine Minderheit bilden darüber hinaus diejenigen Europäer, die als hochqualifizierte Techniker, leitende Führungskräfte oder als Selbständige in Spanien leben und arbeiten. Grob vereinfacht, lässt sich formulieren, dass die meisten Europäer aus den hochentwickelten Industriestaaten Europas als konsumierende Immigranten willkommen sind. Das gilt wiederum nicht für die Immigranten aus

10 Das Statistische Bundesamt Wiesbaden meldete (Pressemitteilung Nr. 105 vom 11.3.2008) als Hochrechnung aus den Zahlen des Mikrozensus 2006 für Deutschland insgesamt 7,3 Millionen Ausländer; das entspräche einer Ausländerquote von 8,9%. Zusätzlich leben in Deutschland 7,9 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, die einen deutschen Pass besitzen.

11 Quelle: OECD *Factbook* 2006. In: <<http://www.oecd.org/dataoecd/15/37/38336539.pdf>> (März 2008).

Tab. 6: Ausländische Wohnbevölkerung* in Spanien (Stand 2007)

		N a t i o n a l i t ä t											
		total	%	Marokko	Rumänien	Ecuador	Vereinigtes Königreich	Kolumbien	Bolivien	Deutschland	Italien		
SPANIEN		4.519.554	100	582.923 (12,9%)	527.019 (11,7%)	427.099 (9,5%)	314.951 (7,0%)	261.542 (5,8%)	200.496 (4,4%)	164.405 (3,6%)	135.108 (3,0%)	103.650 (2,3%)	Peru
davon in:													
Andalusien		531.827	11,8	86.449	52.494		88.446	19.424		21.851			
Kanarische Inseln		250.736	5,6	14.305			33.817	19.521		35.778	20.776		
Katalonien		972.507	21,5	191.652	63.534	81.831		42.797	51.584	20.937	37.750		
Madrid (Comunidad)		866.910	19,2	68.819	148.906	140.036		62.538	47.716			46.434	

*Aufgelistet sind nur Nationalitäten mit einer absoluten Größenordnung >100.000 Personen (auf nationalem Niveau).

Quelle: Instituto Nacional de Estadística: Padrón Municipal 2007

<<http://www.ine.es/jaxi/tabla.do?path=/t20/c245/p04/a2007/10/&file=0ccaa002.px&type=pcaxis&L=0>> (März 2008)

Drittweatländern, wobei die Emigranten aus der eigenen Sprachgemeinschaft, d.h. im Regelfall aus den ehemaligen eigenen Überseekolonien, leichter akzeptiert werden. Entsprechend geringer sind die Probleme der Integration dieser Zuwanderergruppen. Die Mehrzahl der Migranten aus Afrika ist im Regelfall schlecht oder überhaupt nicht ausgebildet. Die Analphabetenrate unter ihnen ist hoch. Sie finden vielfach Beschäftigung als ungelernete Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Letzteres gilt auch für Lateinamerikaner aus ländlichen Herkunftsgebieten der Andenstaaten. Davon zu unterscheiden sind (z.B.) Kubaner und Argentinier; einige von ihnen sind schon in den 80er Jahren wegen politischer und wirtschaftlicher Probleme nach Spanien eingewandert; viele von ihnen verfügen über eine solide berufspraktische Ausbildung. Zuwanderer aus Osteuropa sind als Beschäftigte im Baugewerbe ebenso wie in der Landwirtschaft vertreten.

Die geographische Verteilung der ausländischen Wohnbevölkerung ist sehr unausgewogen: Erwerbstätige Ausländer aus Industrieländern leben erwartungsgemäß entweder in den großen Wirtschaftszentren oder in den Zielgebieten des internationalen Tourismus. 21,5% der Immigranten leben in Katalonien, 19,2% in Madrid (*Comunidad Autónoma*); auf Rang 3 und 4 folgen Andalusien (11,8%) und die Kanarischen Inseln (5,5%; vgl. Tab. 6). Die Zuwanderer aus Drittweatländern (und aus Osteuropa) bevorzugen die großstädtischen Ballungsräume (die Rumänen insbesondere Madrid). Darüber hinaus finden sich weniger qualifizierte Zuwanderer an der spanischen Südostküste (in den Provinzen Murcia und Almería) sowie (in geringerem Umfang) in La Rioja und in Cáceres, wo sie als ungelernete Helfer Arbeit in der Landwirtschaft finden. Die Schwarzafrikaner bevorzugen die Ballungsräume von Barcelona und Madrid. Auch in Las Palmas de Gran Canaria ist ihr Anteil nennenswert. Insgesamt sind die Ausländeranteile in den Städten Madrid (15,0%) und Barcelona (15,4%; Stand jeweils 2007) inzwischen gleichwertig mit deutschen Metropolen wie beispielsweise Berlin (13,9%) oder nähern sich deren Größenordnung an (Düsseldorf 17,1% oder Frankfurt/M. 27,8%; alle deutschen Angaben jeweils für 2006).

Maßgeblich verantwortlich für die verschärfte Einwanderungssituation ist das Schengener Abkommen, das für Spanien und Deutschland am 1. Juli 1995 in Kraft trat. Zweck dieses Abkommens war unter anderem die effiziente Kontrolle der EU-Außengrenzen mit dem Ziel, unkontrollierte Immigration wirksam zu unterbinden. Diese Zielsetzung ist fragwürdig: "[...] the 'Wall of Schengen' is not the best one. [...] Solutions have not to become the way to improve our system of reject and defence" (Algora Weber 1998). Russell King (2000) hat aber schon darauf hingewiesen, dass der Versuch einer radikalen Zuzugsunterdrückung nach den Erfahrungen der Migrationsforschung eine Welle illegaler Immigration auszulösen pflegt, die

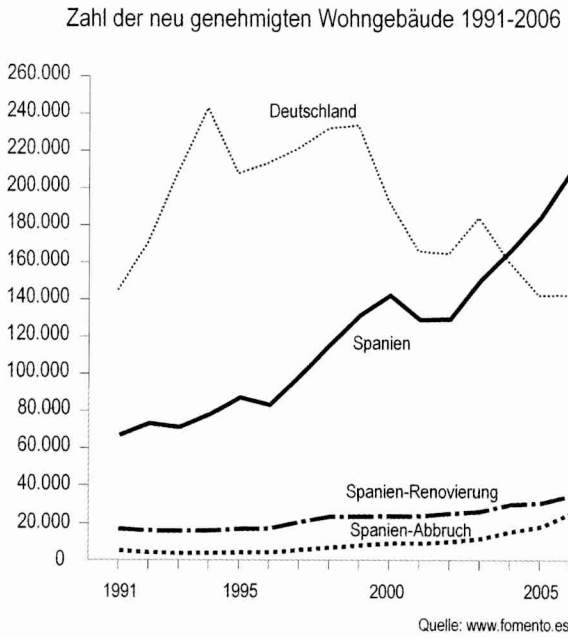
dann im Regelfall vom Aufbau internationaler Schleusernetze mit kriminellem Hintergrund begleitet wird. Die Globalisierung der Weltwirtschaft schafft sowohl einen Arbeitskräftebedarf (*pull*-Faktor) in speziellen Niedriglohnsegmenten der Industrieländer als auch einen wachsenden Emigrationsdruck (*push*-Faktor) in den Drittweltländern. Politisch motivierte Zuwanderungsblockade und globalisierte Wirtschaftsverflechtungen rufen demzufolge eine Dichotomie hervor, die sich in Form der illegalen Immigration einen Ausweg schafft.

Nach der Vision von Gozávez Pérez (2002) steht ganz Europa am Beginn einer Immigrationswelle, die er als spiegelbildliches Gegenstück zur europäischen Überseeemigration des 19. und 20. Jahrhunderts verstanden wissen möchte. Folgt man dieser Perspektive, so sind die Rahmenbedingungen für eine Masseneinwanderung nach Europa allerdings erheblich verschärft. Im Europa des 19. Jahrhunderts erreichten die Entsendeländer natürliche demographische Wachstumsraten von 1,2 bis 1,6%. In den heutigen Herkunftsländern der nach Europa gerichteten Migration werden Wachstumsraten zwischen 2% und 4% erreicht, dank reduzierter Mortalität (infolge medizinischer Transferleistungen aus den Industriestaaten). Damit ist der Migrationsdruck in den heutigen Quellenländern mehr als doppelt so stark wie im 19. Jahrhundert. Für Spanien kann die Migrationsproblematik sicherlich nur im Rahmen einer europäischen Einwanderungspolitik nachhaltig gelöst werden. Aus demographischer Perspektive wird Spanien damit schneller in die europäische Pflicht genommen als beim EG-Beitritt 1986 erwartet.

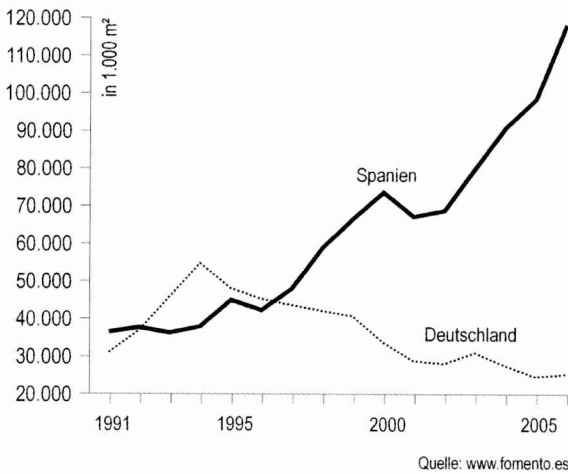
6. Der Bauboom und seine Motivationsstrukturen

Zu den herausragenden räumlichen Veränderungen in Spanien seit der Jahrtausendwende gehört ohne Zweifel eine Hochbautätigkeit, die vergleichbare Entwicklungen in Deutschland ebenso wie im übrigen Europa weit in den Schatten stellt. Zahlen zum Wohnungsbau, die in der deutschen Presse verbreitet werden, bedürfen jedoch einer differenzierten Kommentierung. In der Statistik der neu genehmigten Wohngebäude übertrifft Spanien Deutschland erst seit 2004 (Abb. 5 oben). Allerdings ist ein derartiger Vergleich der Zahlen irreführend: Die Zahl der Wohnungen pro Wohngebäude ist in Spanien ungleich höher als in Deutschland. Immerhin zeigt die Relation von Neubauten zu Abriss- oder Renovierungsmaßnahmen, dass Letztgenannte nur eine nachrangige Rolle spielen. Anders ausgedrückt: Fast sechs Siebtel der im Jahr 2006 in Spanien genehmigten neuen Wohngebäude entstehen auf bis dahin unbebautem Grund.

Abb. 5: Wohnungsbaugenehmigungen in Spanien 1991–2006



Zahl der neu genehmigten Wohnungsflächen 1991-2006



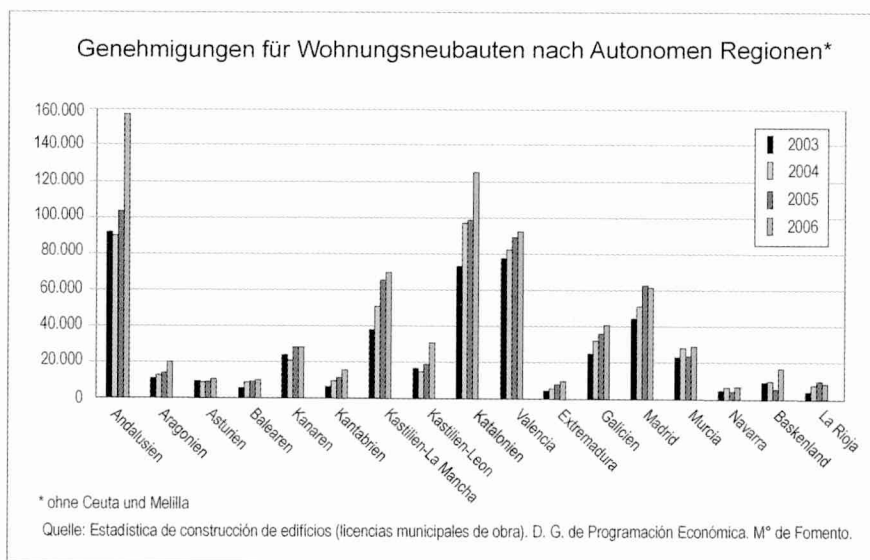
Aussagekräftiger ist ein Vergleich der neu genehmigten Wohnungsflächen. Dieses Merkmal dokumentiert am besten den Ausnahmecharakter der Bautätigkeit in Spanien etwa seit dem Jahr 2000 (vgl. Abb. 5 unten). Nach Angaben des zuständigen Ministeriums wurden allein im Jahr 2006 Genehmigungen für 0,74 Millionen Neubauwohnungen (d.h. ohne Renovierungsmaßnahmen) mit einer Wohnfläche von 120 Millionen m² erteilt.

Der Bauboom ist (je nach Perspektive) Fluch und Segen zugleich: Die Nachfrage nach Immobilien ist neben dem privaten Konsum von Verbrauchsgütern die wichtigste Säule des spanischen Wirtschaftswachstums. Der Bausektor allein machte 2007 rund 17% des BIP aus (in Deutschland ca. 11%) und sichert damit eine vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote (2006: 8,1 %).

Andererseits ist die zunehmende Verbauung und Flächenversiegelung vorzugsweise an Küsten mit dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen unvereinbar. Zu den stereotypen Vorwürfen zählt die "Zubetonierung" der Küsten, die (wiederum pauschal) dem Tourismus und hier wiederum dem internationalen Tourismus angelastet wird. Außerhalb Spaniens verweist man auch gern auf die Geldgier von Immobilienspekulanten in Verbindung mit semilegalen Bebauungsprojekten oder gar offenkundigen Betrügereien. Vorwürfe und Bewertungen dieser Art sind im Einzelfall zweifellos belegbar; das Gesamtphänomen des Baubooms bedarf indes einer mehrdimensionalen Analyse.

Betrachtet man zum Beispiel die Genehmigungen zur Erstellung neuer Wohnungen in einzelnen Autonomen Regionen für den Zeitraum von 2003 bis 2006, so zeigt sich zunächst erwartungsgemäß eine klare Dominanz von Regionen mit hohem Küstenanteil (Andalusien, Katalonien und C. Valencia). Die Balearen als Hochburg des internationalen Tourismus erreichen allerdings nicht einmal Anteilswerte von 10%. Auf Rang 3 und 4 folgen stattdessen Binnenregionen wie Kastilien-La Mancha und Madrid. Beide Regionen profitieren von einer ständig steigenden, regionsüberschreitenden Nachfrage nach größeren und modernen Neubauwohnungen im metropolen Ballungsraum Madrid mit seinen mehr als 6 Millionen Einwohnern.

Abb. 6: Wohnungsbau 2003–2006 nach Autonomen Regionen



Ansonsten ist die führende Position der Küstenregionen hinsichtlich des Baubooms in erster Linie der Bevölkerungsverteilung (als Ergebnis der Binnenwanderung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts) geschuldet. Motor des Baubooms ist in erster Linie die nationale Nachfrage nach Immobilien, die das Raummuster der Neubautätigkeit vorgibt.

Andalusien zum Beispiel mit Großstädten wie Sevilla, Córdoba, Huelva, Málaga, Jaén und Almería verdankt seine führende Position bei neu erstellten Wohnungen in erster Linie der Nachfrage einer autochthonen städtischen Bevölkerung. Diese Binnennachfrage wiederum speist sich aus verschiedenen ursächlichen Komponenten. An erster Stelle sind hier die steigenden Haushaltseinkommen und die damit steigende Kaufkraft zu nennen. Die Nachfrage nach Immobilien wurde durch einen fast zehn Jahre andauernden Tiefstand der Hypothekenzinsen ebenso begünstigt wie durch (bisher) kontinuierliche Wertsteigerungen der Immobilien (in manchen Jahren und Regionen sogar im zweistelligen Bereich). Hinzu kommt eine spezifisch spanische Wohntradition: Dominante Besitzform ist selbst in spanischen Millionenstädten das Wohneigentum; in Madrid zum Beispiel erreicht der Anteil der Mietwohnungen weniger als 20% (2006). Das ist einerseits der agraren Tradition der spanischen Gesellschaft geschuldet; darüber hinaus hat Teileigentum an Wohngebäuden in Spa-

nien wie auch in anderen südeuropäischen Ländern eine lange Tradition. Dieses Wohnverhalten erklärt unter anderem, dass die meisten Studenten an spanischen Universitäten in ihrer Heimatstadt studieren, um dort im Haushalt der Eltern wohnen zu können, weil ein hinreichendes Angebot an kleinen Mietwohnungen nicht existiert. Gleichzeitig erklärt sich aus dieser Tradition, dass unter nunmehr verbesserten wirtschaftlichen Einkommensverhältnissen der privaten Haushalte auch der Wunsch nach größeren Wohnungen mit modernerem Wohnkomfort realisiert wird.

Eine zusätzliche Variante der Binnennachfrage speist sich ebenfalls aus einem sehr traditionellen Ferienverhalten: An den spanischen Küstengebieten war seit dem 19. Jahrhundert für Adel und Großbürgertum die Tradition des *veraneo* üblich, also eines Sommerfrischeaufenthalts an der Küste. Nach dem spanischen Bürgerkrieg verbrachten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch zunehmend bürgerliche Familien des gehobenen Mittelstands unter Umständen mehrere Monate in (meist einfachen) Sommerhäusern oder Appartementwohnungen an der Küste. Die im Gefolge des EG-Beitritts steigende Kaufkraft in Verbindung mit einem gewissen konsumtiven Nachholbedarf führte dazu, dass inzwischen auch Angehörige der unteren Mittelschicht Zweitwohnsitze in Küstenlage erwerben. Damit wird eine durchaus traditionell verwurzelte Verhaltensweise zu einem Massenphänomen, dem sogenannten Residenztourismus.

Am Residenztourismus moderner Prägung sind wiederum auch ausländische Touristen auf der Nachfrageseite beteiligt. Gegenwärtig wird die internationale Nachfrage nach luxuriösen Wohneinheiten vielfach bedient durch das Angebot geschlossener "Urbanisationen" mit hochwertiger Infrastruktur, die nicht öffentlich zugänglich sind; stattdessen wird der (meist zentrale) Zugang zu diesen Neubausiedlungen durch privates Wachpersonal kontrolliert, um dem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis der Bewohner Rechnung zu tragen. Die diesbezügliche Kritik (sozialräumliche Exklusion und Privatisierung des öffentlichen Raums) soll hier nicht weiter vertieft werden. Festzuhalten bleibt in diesem Kontext hingegen, dass konstituierende Merkmale der in der Stadtgeographie vielfach untersuchten *gated communities* schon bei den frühen Ferienhaussiedlungen der 60er Jahre auf den Kanarischen Inseln anzutreffen waren.

Die stärksten Auswüchse erfährt der durch Residenztourismus ausgelöste Bauboom gegenwärtig in küstennahen Lagen der Provinzen Alicante, Murcia und Almería. Nach den Ausführungen von Vera Rebollo (2006) wurden im Jahr 2004 allein in der Autonomen Region Valencia 47.000 neue Freizeitwohneinheiten verkauft. Das bedeutet ca. 4.000 verkaufte Wohnungen pro Monat oder mehr als 30 Wohnungskäufe pro Tag! In drei Gemeinden am Unterlauf des Río Segura (Rojales,

Torrevieja und Orihuela) wurden zwischen 1992 und 2000 mehr Neubauten genehmigt, als der bis dahin bestehende gesamte Wohnungsbestand umfasste. Die meisten Zweitwohnungen bzw. Ferienhäuser in Torrevieja werden von Madrilenen genutzt, die dank der verbesserten Straßenverbindungen über vierspurige Schnellstraßen ihre Ferienimmobilie auch an Wochenenden nutzen können. Die spektakulärsten baulichen Neuerschließungen haben sich, von Alicante nach Süden ausbreitend, inzwischen in die Provinzen Murcia und Almería verlagert. Die Kleinstadt Vera zum Beispiel (mit derzeit weniger als 10.000 Einwohnern) an der Ostküste der Provinz Almería will drei Viertel ihres Gemeindeterritoriums mit 120.000 (!) zusätzlichen Wohnungen bebauen. Besonders häufig ist die Promotion von luxuriösen Zweitwohnungen in Verbindung mit dem Bau von Golfplätzen. Die derzeit größte Golf-Destination in der Provinz Alicante bildet die Gemeinde Orihuela mit allein drei 18-Loch-Plätzen. Sie soll nunmehr von neuen Golfsportzentren in der Provinz Murcia übertroffen werden. Bereits jetzt sind dort mehr als 80.000 Ferienwohneinheiten im Bau bzw. genehmigt. Zwischen 2000 und 2005 wurden im Grenzbereich zwischen den Provinzen Alicante und Murcia fünf große Golf-Ressorts fertiggestellt. In der Provinz (und gleichzeitig Autonomen Region) Murcia soll die neue Golfstadt von Condado de Alhama (in der gleichnamigen Gemeinde) mit knapp 20.000 Wohneinheiten zur größten neuen Retortensiedlung dieser Art werden.

In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass der gegenwärtig zu beobachtende Bauboom nicht allein das Ergebnis einer überbordenden (nationalen ebenso wie internationalen) Nachfrage nach Zweitwohnungen ist, sondern ebenso durch Bodenspekulation auf der Angebotsseite angetrieben wird. In raumplanerischer Hinsicht fällt der Wohnungsbau ausschließlich in die Kompetenz der jeweiligen autonomen Regionalregierungen. Nur sie wären in der Lage, (z.B.) einen Baustop zu erwirken. Auf lokaler Ebene sind hingegen die Gemeinden verantwortlich, die allein über die Ausweisung von Bauland für Wohnzwecke entscheiden und sich dabei nicht selten von spekulativen oder auch nur fiskalischen Beweggründen leiten lassen. Die wirtschaftlichen Erwartungen, die an den Bauboom geknüpft werden, sind mittel- und langfristig nachgewiesenermaßen unrealistisch. Wirtschaftlichkeitsberechnungen ergaben 2003 für die Autonome Region Valencia, dass sich die Reise- und Konsumausgaben pro Tag und Gast im Hotel auf 147 € addieren, pro Zweitwohnsitznutzer aber nur 65 € erreichen. 1.000 Hotelbetten in der 4-Sterne-Kategorie generieren dieser Studie zufolge dauerhaft 93 Arbeitsplätze; bei den Zweitwohnsitzen sind es nur 13 (Breuer 2008).

Zu Beginn des Jahres 2008 mehren sich die Anzeichen dafür, dass der Bauboom in Spanien abklingt. Mehrere konsekutive Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank haben die Hypothekenkredite, die in Spanien im Regelfall zu variablen Zinssätzen vergeben werden, spürbar verteuert. Nach Angaben spanischer Finanz-

agenturen ist der durchschnittliche spanische Haushalt mit 117% des Jahreseinkommens verschuldet¹², so dass sich das Geschäft der Finanzagenturen jetzt auf Umschuldungsaktionen bei privaten Haushalten verlagert. Schon macht das Gespenst einer europäischen Hypothekenbankkrise (nach US-amerikanischem "Vorbild") die Runde. Darüber hinaus scheint sich auch eine Sättigung der Nachfrage abzuzeichnen. Der Anstieg der Immobilienpreise ist bereits deutlich gebremst; bei Neubauten wurden Ende 2007 erste Nachlässe auf die ursprünglichen Preisforderungen eingeräumt. Schon jetzt schätzen Fachleute, dass weit mehr als 100.000 der gegenwärtig im Bau befindlichen oder schon genehmigten Wohnungen leer stehen werden. Sollten diese Annahmen eintreten, stellen sich den zuständigen Behörden bislang völlig unbekannte Herausforderungen für die Organisation und Aufrechterhaltung der Siedlungsinfrastruktur in den spanischen Küstenräumen.

Literaturverzeichnis

- Aguilera Klink, Federico (1999): "Hacia una nueva economía del agua: cuestiones fundamentales". In: Arrojo Agudo, Pedro / Martínez Gil, Javier (Hgg.): *El agua a debate desde la Universidad. Hacia una nueva cultura del agua. I^{er} Congreso Ibérico sobre Gestión y Planificación de Aguas*. Zaragoza, S. 49-65.
- Algora Weber, Maria-Dolores (1998): "Spain and Europe: different approaches, common solutions". In: Biegel, Reiner (Hg.): *Problèmes migratoires en région Méditerranéenne*. Tunis, S. 221-225.
- Barriendos Vallvé, Mariano (1995): "Oscilaciones climáticas seculares a través de las inundaciones catastróficas en el litoral mediterráneo. Siglos XIV–XIX". In: *Estudios Geográficos*, 56, S. 223-238.
- Borsdorf, Axel / Hidalgo, Rodrigo (2005): "Städtebauliche Megaprojekte im Umland latein-amerikanischer Metropolen – eine Antithese zur Stadt? Das Beispiel Santiago de Chile". In: *Geographische Rundschau*, 57/10, S. 30-39.
- Breuer, Toni (2008): *Iberische Halbinsel*. Darmstadt.
- Chatel, Thomas (2006): "Wasserpolitik in Spanien. Eine kritische Analyse". In: *Geographische Rundschau*, 58/2, S. 20-28.
- Domínguez Mujica, Josefina (1996): *La inmigración extranjera en la provincia de Las Palmas*. Las Palmas de Gran Canaria.
- Espejo Marín, Cayetano (2004): "La energía eólica en España". In: *Investigaciones Geográficas* (Alicante), 35, S. 45-65.
- Gil Olcina, Antonio / Morales Gil, Alfredo (Hgg.) (2002): *Insuficiencias hídricas y Plan Hidrológico Nacional*. Alicante.

12 Angaben nach *Financial Times Deutschland* vom 2.10.2007.

- Goetze, Dieter (2005): "Entwicklungsoptionen, politische Räume und Widerstandsidentitäten – eine spanische Fallstudie". In: Kößler, Reinhart / Kunitz, Daniel / Schultz, Ulrike (Hgg.): *Gesellschaftstheorie und Provokationen der Moderne. Gerhard Hauck zum 65. Geburtstag*. Münster, S. 193-205.
- Gozálvez Pérez, Vicente (2002): "La inmigración africana en la España mediterránea. El proceso de integración". In: Eiras Roel, Antonio / González Lopo, Domingo L. (Hgg.): *Movilidad interna y migraciones intraeuropeas en la Península Ibérica*. Santiago de Compostela, S. 211-234.
- Helfer, Malte (2003): *Solarenergie in Andalusien. Neue Technologien als Entwicklungspotential für eine rückständige europäische Region?* Saarbrücken.
- Hernández Soria, Miguel Ángel (2001): "El Trasvase Tajo-Segura. Lecciones del pasado". In: <<http://www.panda.org/downloads/europe/finalstudytajosegura.pdf>> (15.5.2005).
- King, Russell (2000): "Southern Europe in the changing global map of migration". In: King, Russell / Lazaridis, Gabriella / Tsardanidis, Charalambos (Hgg.): *Eldorado or Fortress? Migration in Southern Europe*. Houndsmill / Basingstoke / London, S. 3-26.
- Klein, Rainer (1988): *Stadtplanung und Wohnungsbau in Spanien nach 1960*. Saarbrücken / Fort Lauderdale, FL.
- Krings, Thomas (1999): "Ziele und Forschungsfragen der Politischen Ökologie". In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 43/3-4, S. 129-130.
- Lautensach, Hermann (1967): *Die Iberische Halbinsel*. München.
- Martínez Gil, Francisco Javier (1997): *La nueva cultura del agua en España*. Bilbao.
- Meyer, Frank (2002): "Immigration nach Spanien und der Umgang mit den Fremden". In: *Praxis Geographie*, 32/3, S. 32-36.
- Meyer-Kriesten, Kerstin / Plöger, Jörg / Bähr, Jürgen (2004): "Wandel der Stadtstruktur in Lateinamerika. Sozialräumliche und funktionale Ausdifferenzierungen in Santiago de Chile und Lima". In: *Geographische Rundschau*, 56/6, S. 30-36.
- Núñez, Xosé M. (1996): "Region-building in Spain during the 19th and 20th centuries". In: Brunn, Gerhard (Hg.): *Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde*. Baden-Baden, S. 175-210.
- Popp, Herbert (1998): "EU in Nordafrika – die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla". In: *Geographische Rundschau*, 50/6, S. 337-344.
- Serrano Martínez, José (2005): "El modelo territorial de la España autonómica. Recapitulación y perspectivas". In: *Investigaciones Geográficas* (Alicante), 36, S. 81-102.
- Solé Sabaris, Luis (1991a): "El relieve de la península Ibérica". In: Terán, Manuel de, et al.: *Geografía General de España*, S. 17-25.
- (1991b): "Las Aguas: Ríos y Lagos". In: Terán, Manuel de, et al.: *Geografía General de España*, S. 171-193.
- Terán, Manuel de, et al. (1991): *Geografía General de España*. Barcelona 1991 (4. Nachdruck der 2. Aufl. von 1986).
- Vera Rebollo, José Fernando (2006): "Agua y modelo de desarrollo turístico: la necesidad de nuevos criterios para la gestión de los recursos". In: *Boletín de la Asociación de Geógrafos Españoles*, 42, S. 155-178.

- Voth, Andreas (2003): "Konflikte und neue Konzepte des Wassermanagements auf der Iberischen Halbinsel". In: *Petermanns Geographische Mitteilungen*, 147/6, S. 53-55.
- Wehrhahn, Rainer (2000): "Zur Peripherie postmoderner Metropolen: Periurbanisierung, Fragmentierung und Polarisierung, untersucht am Beispiel Madrid". In: *Erdkunde*, 54, S. 221-237.
- Zapata Hernández, Vicente Manuel (2002): *La inmigración extranjera en Tenerife*. Santa Cruz de Tenerife.